

Inhaltsverzeichnis

1. Fleishman-Hillard	
2. Kategorie:EU	
3. Lobbyismus in der EU	
4. Omnicom	
5. Jonathan Hill	
6. Günter Verheugen	
7. Ketchum Pleon	
8. AmCham EU	
9. European Policy Centre	
10. Centre for European Policy Studies	
11. Friends of Europe	
12. European Chemical Industry Council	
13. Monsanto	
14. Lobbyregister EU	

Fleishman-Hillard

Fleishman-Hillard ist eine der weltweit größten PR- und Lobby-Agenturen, bezeichnen sich aber selbst als Kommunikations Firma bzw. Agentur.^[1]

Fleischmann-Hillard

Rechtsform	Corporation
Tätigkeitsbereich	Public Relations, Lobbying, Krisenmanagement
Gründungsdatum	1946
Hauptsitz	St. Louis, USA
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	35 Square de Meeus, 1000 Brussels
Webadresse	fleishmanhillard.com , fleishmanhillard.de

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	3
2 Organisationsstruktur und Personal	3
2.1 Deutschland	3
2.2 Brüssel	3
2.3 International	3
3 Verbindungen	4
3.1 Organisationen	4
3.2 Personen	4
4 Finanzen	4
5 Lobbystrategien und Einfluss	4
5.1 EU	5
6 Fallstudien und Kritik	5
6.1 2016: Lobbyaktivitäten für Monsanto	5
6.2 2012: Instrumentalisierung des EU-Bürgerbegehrens	5
7 Weiterführende Informationen	6
8 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	6
9 Einzelnachweise	6

Kurzdarstellung und Geschichte

Lobbyismus in der EU



- [Überblick A-Z](#)
- [Lobbyismus in der EU](#)
- das Unternehmen hat 85 Büros in weltweit mehr als 30 Ländern.^[2] (Stand: Januar 2017)
- seit 2006 mit Büros auf allen Kontinenten vertreten
- 1996 von [Omnicom](#), der weltweit größten Konzerngruppe von Marketing- und PR-Unternehmen, übernommen
- ab 1974 weltweite Expansion^[3]
- 1946 in St. Louis von Alfred Fleishman und Bob Hillard gegründet^[4]

Organisationsstruktur und Personal

Deutschland

Fleishman-Hillard hat in Deutschland die Rechtsform einer GmbH und verfügt über Büros in Berlin, Frankfurt, München und seit 2014 auch in Düsseldorf.^[5]

CEO für Deutschland ist Henning Kempe, Cheflobbyist ist Hendrik Hagemann (Stand: 08/2019)

Brüssel

In Brüssel befindet sich das Büro der Lobbyagentur am Square de Meeus, in unmittelbarer Nähe zum Sitz der **Generaldirektion Forschung und Innovation** der Europäischen Kommission.

Leiterin der Brüsseler Büros ist Mette Grolleman, bis 2017 Beraterin von Dombrowski (Vizepräsident der EU-Kommission) und zuvor Beraterin von [Jonathan Hill](#) (EU-Kommissar für Finanzen)

Vorsitzende des "Brussel Advisory Board" ist Caroline Wunnerlich. Weitere Mitglieder sind u.a. der ehem. EU-Kommissar [Günter Verheugen](#) und Jean-Arnold Vinois, ehem. Direktor der EU-Generaldirektion Energie

Quelle: ^[6]^[7]^[8]

International

Die weltweite Leitung besteht aus dem Chairman John Graham und dem Präsidenten und CEO John Saunders (Stand: 08/2019)

Verbindungen

Organisationen

- Innerhalb des Omnicom-Konzerns gehört Fleishman-Hillard zum **Diversified Agency Services** (DAS), einem weltweit agierenden Marketing- und PR-Unternehmen, zu welchem u.a. auch die PR-Agenturen **Ketchum Pleon**, **Porter Novelli** und **Clark & Weinstock** gehören.^[9]
- Fleishman-Hillard ist Mitglied folgender Organisationen: **AmCham EU**, **BritCham**, **European Policy Centre** (EPC), **Centre for European Policy Studies** (CEPS) und **Friends of Europe**

Personen

- Der ehemalige Vizepräsident der Europäischen Kommission sowie EU-Kommissar für Unternehmen und Industrie **Günter Verheugen** ist seit Juli 2010, nur wenige Monate nachdem er aus dem aktiven politischen Betrieb ausgeschieden war, Berater bei Fleishman-Hillard.^[10]
- **Janet Robinson**, welche bis Ende Dezember 2011 als President und CEO der New York Times Company tätig war, arbeitet seit Februar 2012 als Beraterin im sogenannten *International Advisory Board* des Unternehmens, in welchem auch Verheugen tätig ist, und berät in dieser Funktion sowohl die Agentur als auch direkt deren Klienten.^[11]
- Für die Fleishman-Hillard Germany GmbH arbeitet auch **Arne Klempert**, welcher vormals Sprecher der deutschen Wikipedia-Community war und den Verein Wikimedia Deutschland mit aufgebaut hat, zwischenzeitig als dessen Geschäftsführer fungierte und dem internationalen Vorstand der Wikimedia Foundation angehörte.^[12] In seiner Funktion bei Fleishman-Hillard berät er Unternehmen in Sachen Digitale Kommunikation, und u.a. hinsichtlich des erfolgreichen Umgangs von Marketing- und PR-Experten mit der Wikipedia-Community, sodass am Ende ein möglichst positives Bild von einem Unternehmen über den eigenen Wikipedia-Artikel vermittelt wird.^[13]

Finanzen

Der Umsatz der Agentur aus der Lobbyarbeit, die für Klienten bei den EU-Organen getätigt wurde, lag im Jahr 2018 zwischen 6,8 und 7 Mio. Euro.^[14] Zu den Klienten mit den höchsten Umsätzen zählten der **European Chemical Industry Council** (Cefic) (Umsatz von 900 Tsd. - 1 Mio. Euro) und **Monsanto** (Umsatz von 400 Tsd. - 500 Tsd. Euro).

Lobbystrategien und Einfluss

Das Unternehmen wirbt auf der Firmenwebsite damit, über langjährige und gesicherte Beziehungen zu hochrangigen politischen Entscheidungsträgern weltweit und insbesondere in Berlin und Brüssel zu verfügen. Damit könne es die Interessen von Unternehmen an die entsprechenden politischen Stellen herantragen und enge Beziehungen zwischen zentralen Entscheidungsträgern und den jeweiligen Unternehmen herstellen.^[15]

EU

Fleishman-Hillard hat im [Lobbyregister der EU](#) 53 Lobbyisten eintragen lassen, welche über Zugang zu den Räumlichkeiten des Europäischen Parlamentes verfügen (Stand: Januar 2017). Insgesamt arbeiten 51 Lobbyisten im Büro der PR-Agentur in Brüssel. Thematisch ist die Agentur breit aufgestellt und bietet ihre Dienste für fast jedes erdenkliche Themen- und Sachgebiet an. Das Unternehmen spezialisiert sich insbesondere auf Government Relations, Reputations- und Krisenkommunikation sowie Digital and Social Media. Fleishman-Hillard verfügt über ein Netz von 2.300 PR- und Marketingberatern, in mehr als 80 Büros weltweit, und unterhält in vielen Ländern der Welt Kontakte zu den obersten Regierungskreisen. Weiterhin arbeiten zahlreiche politische Insider für das Unternehmen.

Fallstudien und Kritik

2016: Lobbyaktivitäten für Monsanto

Fleishman-Hillard hat im Auftrag von [Monsanto](#) eine Art Ampel-Farbschema entworfen, in das sie Politiker eingeteilt hat: Von "aktiven Unterstützern" (grün) über "möglicherweise" bewegliche (rot) bis hin zu unbelehrbaren Gegnern, in Tiefrot.^[16]

2012: Instrumentalisierung des EU-Bürgerbegehrens

Am 1. April 2012 trat auf EU-Ebene die *Verordnung über die Europäische Bürgerinitiative* in Kraft, mit der es EU-Bürgern ermöglicht werden soll, Einfluss auf die politische Agenda des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission zu nehmen. Im besten Fall steht am Ende dieses Prozesses eine durch die Kommission erarbeitete Gesetzesvorlage, über welche im EU-Parlament abgestimmt wird und die bei positivem Votum sodann rechtlich verbindlich wird.^[17]

Verschiedene Lobbyorganisationen, insbesondere PR-Agenturen, warben damit, Unternehmen zu unterstützen, die eine solche Bürgerinitiative auf europäischer Ebene planen und durchführen möchten. Ziel sei es sicherzustellen, dass die erforderlichen 1 Million Unterschriften von EU-Bürgern aus sieben Nationen zusammenkommen, derer es bedarf, um ein gültiges Bürgerbegehren zu initiieren. Auch Fleishman-Hillard gehörte neben [Bell Pottinger](#) zu jenen PR-Agenturen, die Unternehmen auf die "Vorzüge" dieser Verordnung aufmerksam machten und motivierten, die daraus entstehenden neuen Möglichkeiten im Sinne der Konzerninteressen zu nutzen.^[18] In einem Kurzpapier^[19] machte Fleishman-Hillard unmissverständlich darauf aufmerksam, dass nun die Möglichkeit für Unternehmen bestehe, aktiv die politische Agenda der EU zu beeinflussen und auf die Gesetzeslage nach eigenen Vorstellungen einzuwirken. Weiterhin warnte Fleishman-Hillard davor, dass andere Akteure die Möglichkeiten der neuen Bürgerinitiative gegen die Interessen des Unternehmens gebrauchen könnten. Daher sei es nötig, als erstes die Initiative zu ergreifen, um eigene Politikziele zu erreichen. Zu diesem Zweck regt Fleishman-Hillard an, auf europäischer Ebene gezielt Grassroot-Bewegungen für die Lobbyarbeit zu nutzen, welche Interessen im Sinne des Konzerns formulieren und vertreten sollen.

Fleishman-Hillard warb in dem zweiseitigen Papier für sich selbst:

"The Fleishman-Hillard team of seasoned public affairs and online communication professionals can help you monitor emerging European Citizens Initiatives, assess their potential impact, and support you in launching your own ECI. Our Brussels team includes digital strategists able to integrate innovative ways of using the Internet into traditional government relations campaigns. Thanks to our multilingual staff and broad network of offices, we are well placed to assist your organisation in rolling out pan-European grassroots campaigns to support your advocacy goals."

[20]

Nach massiver Kritik durch Medien und NGOs zog Fleishman-Hillard das Papier zurück.^[21] Es kann jedoch weiterhin über Lobbypedia eingesehen werden.^[22]

Weiterführende Informationen

- [Fleishman-Hillard bei PowerBase](#)
- [Fleishman-Hillard bei SourceWatch](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Fleishman-Hillard About](#), Fleishman-Hillard , abgerufen am 02.10.2014
2. ↑ [Fleishman-Hillard Offices](#), Fleishman-Hillard , abgerufen am 13.01.2017
3. ↑ [Fleishman-Hillard Milestones](#), Fleishman-Hillard , abgerufen am 02.10.2014
4. ↑ [Fleishman-Hillard Milestones](#), Fleishman-Hillard , abgerufen am 02.10.2014
5. ↑ [Fleishman-Hillard eröffnet Büro in Düsseldorf](#) , W&V , abgerufen am 02.10.2014
6. ↑ [Mette Grolleman to Succeed Caroline Wunnerlich als General Manger of FleishmanHillard's Office in Brussels](#), fleishmanhillard.com vom 26.03.2019, abgerufen am 11.08.2019
7. ↑ [Roland Verstappen Joins the FH Brussels Advisory Board](#), fleishmanhillard.eu vom 17.01.2019, abgerufen am 11.08.2019
8. ↑ [Mette Grolleman](#), fleishmanhillard.eu, abgerufen am 11.08.2019
9. ↑ [Marketing Services](#), Omnicom Group, abgerufen am 26.07.2014
10. ↑ [Agency News](#), fleishmanhillard.com vom 12.07.2010, abgerufen am 26.07.2012
11. ↑ [News & Meinungen](#), fleishman.de vom 24.02.2012, abgerufen am 26.07.2012
12. ↑ [News & Meinungen](#), fleishman.de, abgerufen am 26.07.2012
13. ↑ [Wikipedia - „Die Unkenntnis ist groß“](#), prmagazin, Interview vom 06.02.2012, abgerufen am 26.07.2012
14. ↑ [Transparenz-Register der EU](#), Eintrag von Fleishman-Hillard, abgerufen am 12.08.2019
15. ↑ [Public Affairs](#), fleishmanhillard.com, abgerufen am 02.10.2014

16. ↑ [Wie Monsanto versuchte, deutsche Politiker zu beeinflussen](#), süddeutsche.de vom 05.08.2019, abgerufen am 08.08.2019
17. ↑ [Die Europäische Bürgerinitiative auf den Seiten der Europäischen Kommission](#), ec.europa.eu, abgerufen am 31.07.2012
18. ↑ [Revealed: lobbyists' plans to hijack 'people's petitions'](#), The Independent vom 10.04.2012, abgerufen am 31.07.2012
19. ↑ ['Is your organisation ready for the advent of the European Citizens Initiative?'](#), lobbycontrol.de, abgerufen am 31.07.2012
20. ↑ ['Is your organisation ready for the advent of the European Citizens Initiative?'](#), lobbycontrol.de, abgerufen am 02.10.2014
21. ↑ [News & Opinions](#), fleishman-hillard.eu, abgerufen am 31.07.2012
22. ↑ ['Is your organisation ready for the advent of the European Citizens Initiative?'](#), lobbycontrol.de, abgerufen am 31.07.2012

Kategorie:EU

Nimmt man aufgrund der Daten im EU-Transparenzregister eine konservative Schätzung vor, kommt man zu einer Zahl von mehr als 30.000 LobbyistInnen, die in Brüssel arbeiten. Ein Großteil von ihnen ist im Auftrag von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden tätig. Sie genießen privilegierte Zugänge zu den KommissarInnen. Sie beeinflussen Richtlinien, bevor diese überhaupt entstanden sind. Sie überhäufen die Abgeordneten mit ihren Änderungsanträgen für Gesetzesvorlagen und sie bezahlen professionelle Lobbyagenturen dafür, im Zweifelsfall tief in ihre Trickkisten der Lobbystrategien zu greifen.

Seiten in der Kategorie „EU“

Folgende 124 Seiten sind in dieser Kategorie, von 124 insgesamt.

A

- [Archiv:ACTA](#)
- [Archiv:Adrian Severin](#)
- [AeroSpace and Defence Industries Association of Europe](#)
- [Amazon](#)
- [AmCham EU](#)
- [Andreas Schwab](#)
- [Angelika Niebler](#)
- [Anwaltskanzleien](#)
- [APCO Worldwide](#)
- [Apple](#)
- [Archiv:Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie \(ITRE\)](#)
- [Ausschuss für Regulierungskontrolle](#)

B

- [Benita Ferrero-Waldner](#)
- [Bruegel](#)

- [Bundesverband Deutscher Banken](#)
- [Burson-Marsteller](#)
- [Archiv:Business Coalition for Transatlantic Trade](#)
- [Businesseurope](#)

C

- [Canada Europe Roundtable for Business](#)
- [Cash-for-laws-Affäre](#)
- [CETA - Comprehensive Economic and Trade Agreement](#)
- [Charlie McCreevy](#)
- [Chronik der TiSA-Verhandlungen](#)
- [Archiv:Chronik der TTIP-Verhandlungen](#)
- [Climate Change, Biodiversity & Sustainable Development](#)
- [COPA-COGECA](#)
- [Archiv:Cross-Industry Initiative](#)

D

- [Deutscher Raiffeisenverband](#)
- [Deutscher Weinbauverband](#)
- [Deutscher Zigarettenverband](#)
- [Diana Banati](#)
- [Die Affäre um John Dalli](#)
- [DIGITALEUROPE](#)

E

- [Edelman](#)
- [Elmar Brok](#)
- [Erika Mann](#)
- [Archiv:Ernst Strasser](#)
- [Archiv:Euro 50 Group](#)
- [EuroCommerce](#)
- [EuropaBio](#)
- [European Automobile Manufacturers Association](#)
- [European Banking Federation](#)
- [European Centre for International Political Economy](#)
- [European Chemical Industry Council](#)
- [European Council on Foreign Relations](#)
- [European Crop Protection Association](#)
- [European Energy Forum](#)
- [European Federation for Investment Law and Arbitration](#)
- [European Federation of Pharmaceutical Industries and Associations](#)
- [European Food Information Council](#)
- [European Internet Forum](#)

- [European Logistics Platform](#)
- [European Organisation for Security](#)
- [European Parliamentary Financial Services Forum](#)
- [European Policy Centre](#)
- [European Round Table for Industry](#)
- [European Services Forum](#)
- [Europäische Agentur für Flugsicherheit](#)
- [Europäische Arzneimittelagentur](#)
- [Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung](#)
- [Europäische Bankenaufsichtsbehörde](#)
- [Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit](#)
- [Europäische Chemikalienagentur](#)
- [EUTOP](#)
- [Expertengruppen der EU-Kommission](#)

F

- [Fleishman-Hillard](#)
- [FoodDrinkEurope](#)
- [Forum Europe](#)
- [Friends of Europe](#)

G

- [German European Security Association](#)
- [Google](#)
- [Archiv:Gplus](#)
- [Günter Verheugen](#)
- [Günther Oettinger](#)

H

- [Archiv:High Level Working Group on Jobs and Growth](#)
- [Hill+Knowlton Strategies](#)

I

- [Intergroups](#)

J

- [JEFTA](#)
- [Jonathan Hill](#)
- [José Manuel Barroso](#)

K

- [Kangaroo Group](#)
- [Karenzzeit EU](#)
- [Klaus Regling](#)
- [Klaus-Heiner Lehne](#)
- [Knowledge4Innovation](#)
- [Kreativwirtschaft](#)

L

- [Lobbyismus in der EU](#)
- [LobbyPlanet Brüssel](#)
- [Lobbyregister EU](#)
- [Lobbyregulierung auf EU-Ebene](#)

M

- [Markus Ferber](#)
- [Marten Westrup](#)
- [Martin Bangemann](#)
- [Meglena Kuneva](#)
- [Archiv:Michel Petite](#)
- [Microsoft](#)
- [Miguel Arias Cañete](#)
- [Mogens Peter Carl](#)
- [Monika Hohlmeier](#)
- [MSLGROUP](#)

O

- [Archiv:Ogilvy & Mather](#)

P

- [Pascal Lamy](#)
- [Peter Skinner](#)
- [Philip Morris](#)
- [Archiv:Piia-Noora Kauppi](#)
- [Archiv:Politische Debatte über Seitenwechsel auf europäischer Ebene](#)

R

- [Regulatorische Kooperation](#)
- [Archiv:Rumiana Jeleva](#)

S

- [Security & Defence Agenda](#)
- [Seitenwechsler auf EU-Ebene](#)
- [Archiv:Sharon Bowles](#)
- [Sky and Space](#)
- [Stiftung Wissenschaft und Politik](#)
- [Archiv:Suzy Renckens](#)

T

- [TISA - Trade in Services Agreement](#)
- [Transatlantic Business Dialogue](#)
- [Archiv:Transatlantic Economic Council](#)
- [Archiv:Transatlantic Trade and Investment Partnership](#)
- [Archiv:TTIP Advisory Group](#)

V

- [Verband der Chemischen Industrie](#)
- [Verhaltenskodex für EU-Abgeordnete](#)
- [Viviane Reding](#)

W

- [Werner Langen](#)
- [Wirtschaftsbeirat Bayern](#)

Lobbyismus in der EU

Lobbyismus in der EU



- [Überblick A-Z](#)
- [Lobbyismus in der EU](#)

In der **Europäischen Union** haben zahlreiche Gesetze mit zentraler Bedeutung für Gesellschaft und Umwelt ihren Ursprung – wie die Sicherheit von Nahrungsmitteln, die Bekämpfung des Klimawandels oder die Regulierung der Finanzmärkte.

Betroffen sind von diesen Gesetzen auch zahlreiche Großindustrien. Großunternehmen haben daraus längst Schlüsse für ihre Lobbyarbeit gezogen und sind mit ihren Lobbyniederlassungen und Wirtschaftsverbänden in Brüssel präsent. Organisationen der Zivilgesellschaft haben ihre Präsenz in den vergangenen Jahren zwar ebenfalls steigern können – verglichen mit den Ressourcen europäischer und internationaler Großunternehmen bleiben ihre Einflussmöglichkeiten aber eher gering.

Nimmt man aufgrund der Daten im [EU-Transparenzregister](#) eine konservative Schätzung vor, kommt man zu einer Zahl von mehr als 30.000 LobbyistInnen, die in Brüssel arbeiten. Ein Großteil von ihnen ist im Auftrag von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden tätig.

Das gemeinsame [Transparenzregister von EU-Kommission und EU-Parlament](#) zählte im Juli 2018 11814 Lobbyorganisationen.^[1]

Brüssel gilt heute nicht nur als die Hauptstadt der Europäischen Union. Sondern nach Washington auch als zweitgrößte Anlaufstelle für Lobbyisten. Eine enorme Fülle an politischem Einfluss der Unternehmen ist zu beobachten. Die extrem hohe Präsenz und die großen Ressourcen, die für die Lobbyarbeit eingesetzt werden, sind dafür ein Grund. Daneben gibt es allerdings zahlreiche weitere.

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen.
Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und
werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Inhaltsverzeichnis

1 Einflussnahme auf die Europäische Kommission	12
2 Privilegierter Zugang zur EU-Kommission	12
3 Zugang über Expertengruppen	13
4 Einflussnahme auf das Europäische Parlament	13
5 Einflussnahmen über Expertise	13
6 Einflussnahme über Intergroups	14
7 Einzelne Abgeordnete und Nebentätigkeiten	14
8 Fragwürdige Methoden der Einflussnahme	14
9 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	15
10 Einzelnachweise	15

Einflussnahme auf die Europäische Kommission

Die **EU-Kommission** ist die einzige Institution in der EU mit Gesetzgebungskompetenz. Bei ihr nehmen also Richtlinien und Verordnungen normalerweise ihren Ausgang. Daher ist sie der erste Anlaufpunkt für Lobbyakteure.

Privilegierter Zugang zur EU-Kommission

Transparenz-Initiativen beobachten vor allem die privilegierten Zugänge kritisch, die Vertreter und Lobbyisten der Großunternehmen und der Wirtschaftsverbände zur Kommission genießen. Spätestens seit der Gründung des Europäischen Binnenmarkts spielt der Gedanke der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Raums eine zentrale Rolle in der Politik der europäischen Institutionen.

Über Jahre hinweg und durch zahlreiche Lobbykampagnen ist es einflussreichen Lobbygruppen wie dem [European Roundtable of Industrialists](#) (ERT), aber auch dem Arbeitgeber-Dachverband [BusinessEurope](#) und globalen Konzernen gelungen, diesen Wettbewerbsgedanken prioritär in Strategien (Lissabon-Strategie, Europa 2020) und Vertragsanhängen^[2] zu verankern. Die Europäische Kommission pflegt schon dadurch einen sehr engen Austausch mit den großen Wirtschaftsverbänden und den Eliten der europäischen Konzerne. Es ist völlig normal, dass die großen Verbände zu politischen Vorhaben in ihrem Bereich als erste informiert werden, und die Kommissare gehen regelmäßig zu Veranstaltungen und Vorträgen der Unternehmen und Verbände, um zu sprechen und zuzuhören.^[3]

Wer nicht von Haus aus mit mindestens einem Kommissar oder seinem Generaldirektor einen engen Austausch pflegt, kann sich über das Anheuern einer Lobbyagentur oder die Anstellung eines [Seitenwechslers](#) Zugang verschaffen.

Zugang über Expertengruppen

Einen weiteren privilegierten Zugang haben Unternehmen und Wirtschaftsverbände über die [Expertengruppen der EU-Kommission](#). Die Kommission, als bürokratisches Monster verschrien, hat selber bei weitem nicht ausreichend Experten für all ihre speziellen Gesetzesanliegen. Mit etwa 30.000 Mitarbeitern hat sie weit weniger Personal als beispielsweise die Stadt Hamburg. Zur Lösung dieses Problems setzt sie so genannte Expertengruppen ein, um Expertise für ein bestimmtes Vorhaben zu erhalten. Es gibt etwa 1.000 davon bei der Europäischen Kommission. Sie haben großen Einfluss auf die Formulierung von Vorschriften und Richtlinien. Daher ist es so relevant, wie sie besetzt sind. Hier können Lobbyakteure zum frühesten Zeitpunkt Pflöcke einschlagen, die so leicht nicht wieder umzuwerfen sind. Die Unternehmen und Wirtschaftsverbände, gut ausgestattet mit Personal, geben ihre Expertise gerne. Denn sie wissen, dass man neue Gesetze am effektivsten beeinflusst, bevor sie entstehen.

- Sieh auch → [Dominanz der Finanzbranche in den Expertengruppen der EU](#)

Einflussnahme auf das Europäische Parlament

Das [Europäische Parlament](#) hat seit dem Vertrag von Lissabon sehr viel an Macht hinzugewonnen, in den allermeisten Bereichen entscheidet es jetzt mit. Es kann Vorschläge der EU-Kommission genehmigen, ändern und in manchen Fällen sogar blockieren. Dadurch ist es zu einem wichtigen Adressaten für LobbyistInnen geworden.

Einflussnahmen über Expertise

Lobbyagenturen, Rechtsanwaltskanzleien usw. helfen den Abgeordneten gerne, die Komplexitäten von Richtlinien und die Bedürfnisse ihrer Auftraggeber zu verstehen. Dabei ist die Darstellung natürlich geprägt von den eigenen Interessen. Viele Lobbyakteure sehen es als Service, Änderungsvorschläge direkt in Form eines Änderungsantrags einzureichen – ein Service, den Nichtregierungsorganisationen in dieser Masse nicht bieten können. Bei stark umstrittenen Richtlinien kann es durchaus 1.000 bis 1.500 Änderungsanträge geben.^[4]

Einflussnahme über Intergroups

Zahlreiche Abgeordnete im Europäischen Parlament lassen sich allerdings ganz bewusst für die Interessen der Industrie einspannen.^[5] Ein typisches Format der Zusammenarbeit sind so genannte **Intergroups**, interfraktionelle Arbeitsgruppen, von denen es etwa 60-80 im Europäischen Parlament geben dürfte. Viele von ihnen sind eigentlich Lobbyplattformen.^[6] Abgeordnete verschiedener Fraktionen treffen sich hier mit Vertretern von Unternehmen zu Arbeitsfrühstücken, Businesslunches, Cocktailabenden. Häufig gibt es fachliche Vorträge. Derartige Aktivitäten, aber auch die normalen Veranstaltungen werden durch die Unternehmen, die Mitglieder sind, finanziert.

Einzelne Abgeordnete und Nebentätigkeiten

Nicht wenige Abgeordnete im **Europäischen Parlament** gehen neben ihrem Mandat einer weiteren Tätigkeit nach. Unter den deutschen Abgeordneten sind dies ca. 25%. (Quelle ?) Nicht bei allen entsteht dadurch sofort ein Interessenkonflikt. Grundsätzlich ist nichts dagegen einzuwenden, dass Abgeordnete bestimmte Interessen besonders vertreten. Es ist auch grundsätzlich nicht problematisch, seine Landwirtschaft oder die Arztpraxis, die Tätigkeit, in der man zuvor gearbeitet hat, weiterzuführen, sofern sich dies mit der Tätigkeit als Abgeordnete/-r zeitlich vereinbaren lässt. Fragen werfen alle Tätigkeiten auf, durch die Geld oder andere Leistungen eines Akteurs mit einem klaren Interesse an EU-Politik (Unternehmen, Verbände etc.) an den oder die Abgeordnete fließen.

Fragwürdige Methoden der Einflussnahme

Zusätzlich zu den ungleichen Machtverhältnissen und den privilegierten Zugängen sind es vor allem die großen Unternehmen und Wirtschaftsverbände, die sich das Beauftragen professioneller Lobbyagenturen leisten können: Diese stellen nicht nur ihre gut gefüllten Adressbücher zur Verfügung – darunter zahlreiche ehemalige Kommissar/-innen und hohe Kommissionsbeamte sowie ehemalige Abgeordnete und deren Personal. Sie verfügen auch über die besten „Spin Doctors“ und gut gefüllte Trickkisten mit Lobbystrategien, die oft jenseits der Grenzen ethisch korrekter Lobbyarbeit liegen.

PR-Agenturen wie unter anderem **Burson-Marsteller** oder **Fleishman-Hillard** helfen gerne, wenn es zum Beispiel darum geht, handfeste Industrieinteressen in das Mäntelchen von Bedürfnissen der gesamten Gesellschaft oder wenigstens eines Teils von ihr zu kleiden. Da werden zum Beispiel so genannte „Front Groups“ gegründet – unter anderem in Form wissenschaftlich klingender Initiativen wie das **Bromine Science and Environment Forum**. In Wahrheit wird hier die Lobbyarbeit gegen das Verbot bromierter Flammschutzmittel von Burson Marsteller koordiniert und von den vier weltgrößten Herstellern von bromierten Flammschutzmitteln bezahlt. Die Öffentlichkeit sieht zunächst nicht, wessen Interessen dahinterstecken. Auch das Vortäuschen von Bürgerinitiativen ist eine immer wieder angewendete Strategie.^{[7][8]}

Auch die Arbeit zahlreicher **Denkfabriken** ist zu hinterfragen. So erhielt die Brüsseler Denkfabrik **Center for the New Europe** 2003 und 2004 insgesamt 120.000\$ für seine „Aufklärungsbemühungen“ zur Erderwärmung durch den Ölgiganten **Exxon Mobil**.^[9]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)[Bluesky](#)[Facebook](#)[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [EU-Transparenzregister](#), abgerufen am 16.07.2018.
2. ↑ EU-Vertrag von Amsterdam, Protokoll über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit“, Abs. 9. Demnach muss die EU-Kommission, bevor sie neue Rechtsvorschriften erlässt, „umfassende Anhörungen durchführen“ und zudem dafür Sorge tragen, dass „die finanzielle Belastung und der Verwaltungsaufwand (...) der Wirtschaft und der Bürger so gering wie möglich gehalten werden und in einem angemessenen Verhältnis zu dem angestrebten Ziel stehen“.
3. ↑ ALTER-EU: Bursting the Brussels Bubble - The Battle to expose corporate lobbying at the heart of the EU, Brussels, 2010
4. ↑ zum Beispiel bei der Richtlinie REACH, vgl.: Adamek, Sascha; Otto: Kim: Der gekaufte Staat: S.
5. ↑ [Spinwatch: Too Close for comfort](#), Spinwatch, UK, Juli 2008, abgerufen am 12.12.2012
6. ↑ [Lobbying under the radar](#), www.corporateeurope.org vom 24.5.2011, abgerufen am 12.12.12
7. ↑ [Astroturf: Eine neue Lobbystrategie in Deutschland](#), Anna Irmisch, Seite 23, 2011 Verlag für Sozialwissenschaften
8. ↑ [Campaign for Creativity erhält Worst-EU-Lobby-Award](#),www.lobbycontrol.de vom 16.12.05, abgerufen am 10.12.12
9. ↑ [Centre for the New Europe](#),www.soucewatch.org abgerufen am 10.12.12

Omnicom

Weiterleitung nach:

- [Omnicom Group](#)

Jonathan Hill

Jonathan Hopkin Hill (*24. Juli 1960 in London) war 2014 bis Juni 2016 Finanzkommissar der **EU-Kommission**. Nach der Entscheidung Großbritanniens für den Brexit trat er von dieser Position zurück. Mit der Ernennung von Hill zum Finanzkommissar wurde ein Banken-Lobbyist für die Finanzmarktregulierung zuständig. Hill war Mitbegründer und Geschäftsführer der Politikberatungsfirma **Quiller Consultants**, zu deren Kunden Unternehmen aus der Finanzbranche gehören. Nach seinem Wirken bei der **EU-Kommission** wechselte er zurück in die Finanzbranche, u.a. als Berater für **Deloitte** und **Freshfields Bruckhaus Deringer**.

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	16
2 Fallstudien und Kritik	16
2.1 Ab 2017: Seitenwechsel	16

2.2 2015: Hills Lobbytreffen	17
2.3 2014: Lobbyist Hill wird Finanzmarktregulierer	17
3 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	18
4 Einzelnachweise	18

Karriere

- seit 2018 Berater bei der Schweizer Bank **UBS**, Aviva, Iberdola und **Deloitte**^[1]
- seit 2017 Berater bei **Freshfields Bruckhaus Deringer**^[2] und Direktor bei der "Times"^[1]
- 11/2014-06/2016 **EU-Kommissar für Finanzmarktstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmärkte.**^[3]
- 2013-2014 Leader des House of Lords, Vorsitzender der Konservativen im House of Lords und Chancellor of the Duchy of Lancaster (Minister ohne Geschäftsbereich)
- 2010-2013 Parlamentarischer Unterstaatssekretär im Bildungsministerium
- 2006 Verkauf von Quiller an die **Huntsworth plc** und im Gegenzug Beteiligung an Huntsworth
- 1998-2010 (Mit-)Gründung und Direktor der PR-Agentur **Quiller Consultants**
- 1994-1998 Leitender Berater der **Bell Pottinger Communications** (frühere Bezeichnung: Bell Communications)
- 1992-1994 Persönlicher Mitarbeiter von Premierminister **John Major**
- 1991-1992 Mitarbeiter im Politischen Stab von Premierminister John Major
- 1989-1991 Lowe Bell Communications
- Studium der Geschichte am Trinity College in Cambridge

Quelle: ^[4]

Fallstudien und Kritik

Ab 2017: Seitenwechsel

Nachdem Jonathan Hill bereits 2014 durch seinen Amtsantritt als Finanzmarktkommissar die Seiten zwischen Politik und Wirtschaft wechselte, ging er 2017 mit seiner Tätigkeit als Berater bei diversen Unternehmen ein zweites Mal durch die Drehtür:

Seit 2017 ist Hill als Berater bei **Freshfields Bruckhaus Deringer** – eine der größten Wirtschaftskanzleien weltweit – und als Direktor bei der Tageszeitung Times tätig. Zusätzlich arbeitet er seit Anfang 2018 als Berater für die Schweizer Bank **UBS**, dem Versicherer **Aviva**, der spanischen Energiefirma **Iberdola** und dem Wirtschaftsprüfungsunternehmen **Deloitte**.^[5]

Zwar ist Hills Karenzzeit abgelaufen. Doch erst im März hat die europäische Bürgerbeauftragte **Emily O'Reilly** festgestellt, dass die Pflicht der EU-Kommissare, „bei der Annahme gewisser Tätigkeiten oder Vorteile nach Ablauf dieser Tätigkeit (dem Amt als Kommissar/in, Anm. d. Verf.) ehrenhaft und zurückhaltend zu sein“ (Art. 245 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union) ^[6] keiner zeitlichen Begrenzung unterliegen. Corporate Europe Observatory (CEO) hatte den Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker in einem Brief aufgefordert, mögliche Interessenkonflikte zu prüfen.^[7]

Die Stelle als Berater bei [Freshfields](#) trat Hill bereits 7 Monate nach seiner Zeit als EU-Kommissar an. Der [Ethik-Ausschuss der EU-Kommission](#) sah darin einen Interessenkonflikt und stimmte der Tätigkeit nur unter bestimmten Bedingungen zu: Hill solle demnach die Beratung der Finanzdienstleistungskunden [Freshfields Bruckhaus Deringer](#) innerhalb der folgenden 18 Monate unterlassen. Auch Beratungen Freshfields selbst oder Kunden der nicht-finanziellen Dienstleistungen Freshfields zu Themen, die sich auf den finanziellen Dienstleistungssektor beziehen, sind von seiner Tätigkeit für den genannten Zeitraum ausgenommen. Des Weiteren dürfe er keine Lobbyarbeit für Freshfields oder dessen Kunden bei der EU-Kommission betreiben.^[8]

Auch seine Tätigkeiten bei [Deloitte](#) sind – insbesondere vor dem Hintergrund einer von CEO publizierten Studie zu den „Big Four“ – kritisch zu hinterfragen: So beraten die sogenannten „Big Four“ – zu denen auch [Deloitte](#) gehört – die EU-Kommission in Steuerfragen, obwohl sie selbst zu den größten Profiteuren der Steuervermeidung gehören.^[9] Hill selbst sagte zu den Vorwürfen bezüglich eines Interessenkonfliktes „he has at all times followed the rules set out by the commission and has chosen to work rather than receive generous allowances from the EU taxpayer“.^[5]

Seit Februar 2018 ist die Karenzzeit für EU-Kommissare auf 24 Monate ausgeweitet worden.^[10] Hill unterschrieb seine diversen Tätigkeiten als Berater bereits vor Februar und ist somit nicht mehr davon betroffen.

Die Schweizer Bank [UBS](#) berät Hill nun zu Brexit-Themen.

2015: Hills Lobbytreffen

64 von 77 (83%) von Hills Lobbytreffen fanden mit Vertretern der Finanzbranche (Banken, Versicherungen, Bankenverbänden, Lobbyverbänden der Finanzindustrie) statt (Zeitraum: November 2014 - Juli 2015). Die häufigsten Treffen hatte er mit dem britischen Börsenunternehmen [London Stock Exchange](#) und dem Europäischen Bankenverband [European Banking Federation](#) (EBF). 4% von Hills Treffen fanden mit der Zivilgesellschaft statt. Dies ist auf der Webseite der [EU-Kommission](#) abrufbar.^[11]

Konkret äußert sich diese Nähe zur Finanzindustrie beispielsweise in Hills Versuch, Finanzmarktregulierungen wie die *Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (MiFID 2)* zu verwässern, die sein Vorgänger als Lehre aus der Weltfinanzkrise eingeführt hatte. Gegenüber der Financial Times ließ er in diesem Zusammenhang verlauten, dass Regulierer offener für die Anliegen der Finanzindustrie sein sollten.^[12]

2014: Lobbyist Hill wird Finanzmarktregulierer

Mit der Ernennung von Hill wird ein Lobbyist für die zentralen Themen der Finanzmarktregulierung zuständig.

Nach seiner Tätigkeit im Stab von Premierminister Major wurde Hill im Jahre 1994 leitender Berater bei der Agentur [Bell Pottinger Communications](#), die laut ihrer am 14.09.2014 abgerufenen Website ihre Kunden u.a. darin berät, wie politische und regulatorische Entscheidungen beeinflusst werden können.

1998 gründete Hill das Politikberatungsunternehmens [Quiller Consultants](#), zu dessen Kunden auch Akteure aus der Finanzbranche wie die [HSCB Bank](#) und die [City of London Corporation](#) gehören.^{[13][14]} Bei Quiller war er bis 2010 Geschäftsführer. Auf seiner am 13. September 2014 abgerufenen Website preist Quiller seine politischen Kontakte wie folgt an:

"We can offer our clients targeted insight into the political world in Westminster, Brussels and the devolved assemblies, as well as help them to manage relations with the political media."

Quiller ist 2006 an die Huntsworth Gruppe verkauft worden, deren Holding die **Huntsworth plc** ist.^[15] Im Rahmen dieser Transaktion wurde Hill Anteilseigner der Huntsworth plc.^[16] Über die Höhe seiner Beteiligung an Huntsworth verweigert er jegliche Auskunft.^[17] Im Register of Interests des britischen Parlaments ist Hill immer noch als Gesellschafter von Huntsworth eingetragen^[18] (Stand: 3. Oktober 2014). Bei der Anhörung im Europäischen Parlament am 1. Oktober 2014 erklärte Hill, er habe alle Anteile verkauft.^[19] Zur Huntsworth Gruppe gehören PR-Agenturen, die auch Lobbyarbeit - u.a. für **HSCB Bank**, die Vereinigten Arabischen Emirate, British Land und Telefonica - betreiben.^[20] Das Huntsworth-Unternehmen Citygate wirbt damit, einige der weltweit größten Finanz-Institutionen, Banken und Vermögensverwalter zu beraten.^[21] Als Beispiele werden **JPMorgan Asset Management** und die Londoner Börse genannt, die gegen strengere EU-Finanzmarktgesetze kämpft.^[22]

In der ersten Anhörung im Europa-Parlament wurde Hills Berufung abgelehnt^[23] und erst nach weiteren kritischen Nachfragen bestätigt.

Für die Benennung von Hill scheint vor allem seine Tätigkeit als Lobbyist den Ausschlag gegeben zu haben. Eine spezifische Qualifikation für das Amt des Finanzmarktkommissars bringt der gelernte Historiker nicht mit.^[24] Von der Finanzlobby - wie der **City of London Corporation**^[25], die zu den Kunden von Quillers gehört - , wurde die geplante Ernennung des Bocks zum Gärtner begeistert gefeiert.^[26]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

- ↑ ^{1,01,1} [Lord Hill of Oareford](#) Britisches Parlament, Webseite abgerufen am 23.07.2018
- ↑ [Britisches Ex-Mitglied darf in Wirtschaft wechseln](#) Handelsblatt vom 29.03.2017, abgerufen am 30.03.2017
- ↑ [Neuer britischer EU-Kommissar soll sich um Sicherheit kümmern](#) Handelsblatt vom 02.08.2016, abgerufen am 01.12.2016
- ↑ [Biography bei Debretts unter People of Today](#), Webseite abgerufen am 12.09.2014
- ↑ ^{5,05,1} [Call for inquiry into ex-EU commissioner's jobs with six firms](#), The Guardian vom 19.07.2018, abgerufen am 31.07.2018
- ↑ [Recommendations of the European Ombudsman in the joint inquiry into complaints 194/2017/EA, 334/2017/EA, and 543/2017/EA on the European Commission's handling of post-mandate employment of former Commissioners, a former Commission President and the role of its 'Ethics Committee'](#), Die Europäische Ombudsfrau vom 06.03.2018, abgerufen am 31.07.2018
- ↑ [RevolvingDoorWatch: Jonathan Hill](#), Corporate Europe Observatory vom 19.07.2018, abgerufen am 31.07.2018
- ↑ [Commission clears post-mandate activities for former Commissioner Jonathan Hill, subject to conditions](#), Europäische Kommission vom 29.03.2018, abgerufen am 31.07.2018

9. ↑ [Accounting for influence](#), Corporate Europe Observatory vom 10.07.2018, abgerufen am 31.07.2018
10. ↑ [Hill's UBS move confirms EU's 'revolving door' problem](#), EU Observer vom 24.07.2018, abgerufen am 31.07.2018
11. ↑ [Hill und Canete: Umstrittene EU-Kommissare auf dem Prüfstand!](#) LobbyControl, abgerufen am 08.07.2015
12. ↑ [Brexit would make UK a 'supplicant', says Lord Hill](#), Financial Times, vom 27.11.2015, abgerufen am 16.12.2015
13. ↑ [Kommentar von Sven Giegold, EU-Abgeordneter der Grünen vom 10. September 2014 auf seiner Webseite](#), abgerufen am 12.09.2014
14. ↑ [Appc Register for 1st March 2014 - 31st May 2014](#), abgerufen am 13.09.2014
15. ↑ [Lord Hill faces 'conflict of interest' claim over shares](#), The Telegraph online vom 11. Januar 2013, abgerufen am 13.09.2014
16. ↑ [Profil auf www.parliament.uk](#), abgerufen am 12.09.2014
17. ↑ [Lord Hill faces 'conflict of interest' claim over shares](#), The Telegraph online vom 11. Januar 2013, abgerufen am 13.09.2014
18. ↑ [Profil auf www.parliament.uk](#)
19. ↑ [Der höfliche Herr Hill muss nachsitzen](#), Süddeutsche Zeitung online vom 01.10.2014, abgerufen am 03.10.2014
20. ↑ [Rowena Mason: Lord Hill, the former lobbyist pitching for the Tories in Europe](#), The Guardian online vom 15. Juli 2014, abgerufen am 12.09.2014
21. ↑ [Profil von Citigate auf der Website von Huntsworth](#), abgerufen am 16.09.2014
22. ↑ [Claus Hecking: Neues Personal in Brüssel: EU-Abgeordnete prangen Junckers Kommissare an](#), Spiegel online vom 11. September 2014, abgerufen am 16.09.2014
23. ↑ [Designierter EU-Finanzkommissar Hill: Mr. Lobby muss nachsitzen](#), Spiegel Online, 1. Oktober 2014, zuletzt aufgerufen am 22.7.2015
24. ↑ [Werner Mussler: Jonathan Hill Der überraschendste Kommissar](#), FAZ online vom 10. September 2014, abgerufen am 12.09.2014
25. ↑ [The medieval, unaccountable Corporation of London is ripe for protest](#), The Guardian online vom 31. Oktober 2011, abgerufen am 14.09.2014
26. ↑ [City welcomes Lord Hill's Commission Role](#), Webseite City of London, abgerufen am 12.09.2014

Günter Verheugen

Seitenwechsel



- [Seitenwechseltabelle](#)
- [Was ist das Problem?](#)

Finanzlobby



- [Finanzlobby A-Z](#)

Lobbyismus in der EU



- [Überblick A-Z](#)
- [Lobbyismus in der EU](#)

Günter Verheugen (*28.04.1944 in Bad Kreuznach), SPD, von 1999 bis 2009 EU-Kommissar, zuletzt für Unternehmen und Industrie. Innerhalb weniger Monate nach dem Ausscheiden aus seinem Amt als Kommissar nahm er mehrere Beratertätigkeiten auf. Zudem gründete er 2010 gemeinsam mit seiner ehemaligen Kabinettschefin Petra Erler seine eigene Lobbyorganisation, die [European Experience Company](#).

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	20
2 Verbindungen und Netzwerke	21
3 Wirken	21
3.1 Als EU-Kommissar	21
3.2 Seitenwechsler nach dem Ausscheiden	21
4 Zitate	22
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	22
6 Einzelnachweise	22

Karriere

- seit 04/2014 Honorarprofessor an der Universität Viadrina Frankfurt(Oder)
- 04/2010 Gründung der Lobbyorganisation [European Experience Company](#)
- 2004–2010 **EU-Kommissar für Unternehmen und Industrie, Vizepräsident der EU-Kommission**
- 1999–2004 EU-Kommissar für die Erweiterungsverhandlungen
- 1998–1999 Parlamentarischer Staatsminister des Auswärtigen Amts
- 1994–1997 stellv. Fraktionsvorsitzender der SPD
- 1993–1995 SPD-Bundesgeschäftsführer
- 1987–1989 Chefredakteur der Parteizeitung "Vorwärts"

- 1983–1999 Mitglied des Deutschen Bundestags
- 1982 Wechsel zur SPD
- 1978–1982 Generalsekretär der FDP
- 1977–1978 Bundesgeschäftsführer der FDP

Verbindungen und Netzwerke

- Berater der [Royal Bank of Scotland](#)^[1]
- Kuratoriumsmitglied im [Deutsch-Aserbaidschanischen Forums](#)^[2]
- Berater des [Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken](#) (BVR)^[3]
- Berater der [Agentur zur Modernisierung der Ukraine](#) (AMU). Zuständig für "EU Integration".^[4]
- Beirat der PR-Agentur [Fleishman Hillard](#)^[5]
- Berater und des türkischen Rohstoffbörsenverbandes (TOBB)

Wirken

Als EU-Kommissar

Verheugen zog während seiner Zeit als Kommissar für Unternehmen und Industrie (2004-2009) mehrfach heftige Kritik auf sich, vor allem von Umweltverbänden. Sowohl bei der Chemikalienrichtlinie REACH als auch bei der Richtlinie zu CO²-Emissionen für Neuwagen wurde ihm vorgeworfen, den Interessen der Industrie zu sehr nachgegeben zu haben.^[6] Die Beratungskommission "Cars 21" zur umstrittenen CO²-Richtlinie für Neuwagen zum Beispiel hatte er - so der Vorwurf - hauptsächlich mit Vertretern der Autoindustrie besetzt und den Autolobbyisten damit ermöglicht, die Richtlinie als vermeintliche Experten zu ihren eigenen Gunsten entscheidend abzuschwächen.^[7]

Seitenwechsler nach dem Ausscheiden

Nach seinem Ausscheiden nahm Verheugen Beraterjobs bei der [Royal Bank of Scotland](#), dem [Bundesverband der deutschen Raiffeisenbanken und Volksbanken](#) (BVR), der Lobbyagentur [Fleishman Hillard International Communications](#) und dem [türkischen Rohstoffbörsenverband](#) (TOBB) an. Dem Verhaltenskodex der Europäischen Kommission zufolge hätte er, bevor er diese Stellen antrat, die Kommission darüber informieren müssen, dies unterließ er allerdings geflissentlich, allein dies schon ein Verstoß gegen den Verhaltenskodex für Kommissare. Dennoch gab ihm die Europäische Kommission im Juli 2010 grünes Licht für seine Engagements, mit der Begründung, Verheugen sei nicht in Lobbytätigkeiten involviert.

Obwohl ihn die Kommission im April 2010 aufgefordert hatte, ihr nun all seine geplanten Aktivitäten nach Ausscheiden aus dem Amt mitzuteilen, verschwieg er, dass er soeben im Begriff war, sein eigenes Lobbyunternehmen [European Experience Company](#) zu gründen. Ironischerweise schickte er Antwortfaxe auf Nachfragen bezüglich seiner anderen Tätigkeiten regelmäßig von der European Experience Company aus, was in der Kommission aber nicht weiter auffiel. Erst als die [Wirtschaftswoche](#) Ende August aufdeckte, dass Verheugen eine eigene Lobbyagentur betreibt, stellte die Kommission Nachfragen. Obwohl Günter Verheugen dies bisher bestreitet, ist es relativ eindeutig, dass die European Experience Company eine breite Palette an EU-Lobbying-Dienstleistungen anbietet - anders lässt sich die [Homepage](#) nicht deuten. Anders als der Ex-Kommissar mit seiner Aussage suggeriert, umfasst die Definition von Lobbying auch nach der [Europäischen Transparenz-Initiative ETI](#) viel mehr als das bloße Knüpfen von Kontakten - unter anderem

auch die inhaltliche Vorbereitung von Lobbytätigkeiten, bspw. das Verfassen von Papieren. Auch Verheugens Argument, er habe die Tätigkeit nicht angeben müssen, weil er nicht für sie bezahlt wird, kann nicht verfangen, denn erstens spricht der Verhaltenskodex nicht nur von bezahlten Tätigkeiten, und zweitens profitiert er als Teilhaber von seinem Unternehmen. Er ist dem Onlineservice [Bürgerl Wirtschaftsinfomationen](#) zufolge gleichberechtigt mit seiner Geschäftspartnerin Petra Erler zu je 12.5000 Euro an dem Unternehmen beteiligt.

Am 2. Februar 2011 wurde bekannt, dass die EU-Kommission Verheugen die Tätigkeit für die European Experience Company erlaubt. Er darf sich allerdings für 26 Monate nicht an seine ehemalige Generaldirektion wenden und keine Aufträge von Nutznießern der Generaldirektion annehmen.^[8]

Zitate

„Angesichts der anstehenden wichtigen Beratungen der EU-Kommission zur Bankenregulierung, im Zahlungsverkehr und im Wertpapiergeschäft möchten wir noch deutlicher den genossenschaftlichen Finanzverbund und sein erfolgreiches Geschäftsmodell in Brüssel zu Gehör bringen“ - BVR-Präsident Uwe Fröhlich über Verheugens Tätigkeit beim BVR.^[9]

„Meine Tätigkeit wird sich auf die politische Beratung der Führungsgremien beschränken. Lobbyarbeit in jeglicher Form ist nicht vorgesehen“ - Verheugen zu seiner Tätigkeit beim BVR^[10]

„Seine Erfahrungen in der europäischen Politik und seine nationalen und internationalen Kontakte sind für die RBS sehr wertvoll“ - RBS-Deutschland-Chefin Ingrid Hengster.^[11]

„Im Übrigen steht das Leistungsangebot dieser Firma, die die Grundlage der Selbstständigkeit der Geschäftsführerin Petra Erler bildet, in vollkommener Übereinstimmung mit den Anforderungen des Verhaltenskodexes für ehemalige Mitarbeiter der Kommission. Jede Form von Lobbyismus gegenüber den Brüsseler Institutionen ist danach ausdrücklich ausgeschlossen“ - Verheugen über die European Experience Company.^[12]

„Wir bieten Ihnen Sachverstand und reiche Erfahrung auf dem Gebiet der Europapolitik und in außenpolitischen Fragen, kreative Lösungen sowie die richtige Strategie für Ihren Erfolg im Umgang mit europäischen Institutionen“ - die [Homepage der European Experience Company](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Verheugen berät weitere Bank](#), manager-magazin.de vom 28.04.2010, abgerufen am 03.05.2016
2. ↑ [Kuratorium](#), da-forum.net, abgerufen am 03.05.2016
3. ↑ [Genossenschaftliche Bankengruppe verstärkt Europaengagement](#), Pressemitteilung vom 14.04.2010, abgerufen am 03.05.2016
4. ↑ [Webseite der AMU \(aktuell offline\)](#), Stand der Webseite vom 09.01.2016, archiviert auf archive.org, abgerufen am 03.05.2016

5. ↑ [About International Advisory Board](#), fleishmanhillard.com, abgerufen am 04.05.2016
6. ↑ [EU-Kommission beschließt CO2-Richtliniestern](#).de vom 12. Dezember 2008, abgerufen am 27. Oktober 2010
7. ↑ [Driving Climate Change - How the Car Industry is attempting the thwart CO2 emission legislation](#), 26. Mai 2008, abgerufen am 27. Oktober 2010
8. ↑ [Günter Verheugen bekommt „Kontaktverbot“](#), FAZ online vom 2. Februar 2011, abgerufen am 29.04.2014
9. ↑ [Günter Verheugen berät Raiffeisenbanken](#) faz.net vom 14.4.2010, abgerufen am 29.04.2014
10. ↑ [Günter Verheugen berät Raiffeisenbanken](#) faz.net vom 14.4.2010, abgerufen am 29.04.2014
11. ↑ [Verheugen berät weitere Bank](#), Manager-Magazin vom 28. April 2010, abgerufen am 29.04.2014
12. ↑ [Günter Verheugen im Interview mit EurActiv.de Verheugen: "Der EU fehlt ein überzeugendes Projekt"](#), euractiv.de vom 20. September 2010, abgerufen am 27. Oktober 2010

Ketchum Pleon

Ketchum Pleon ist eine Agentur für Kommunikationsberatung und Public Relation (PR). Sie entstand im Januar 2010 durch die Fusion der in Europa tätigen Agentur Pleon und der weltweit agierenden Agentur Ketchum. Beide gehören zur US-amerikanischen **Omnicom Group**. Die Beratungsunternehmen treten global unter dem Namen "Ketchum" und in Europa als "Ketchum Pleon" auf. Ketchum Pleon entwickelt Kommunikationsstrategien und Kommunikationsprogramme für Unternehmen, Institutionen und Organisationen. Zu den angebotenen Leistungen gehören auch Politikbeobachtung sowie Lobby- und Medienarbeit.

Ketchum Pleon

Branche	PR- und Unternehmensberatung
Hauptsitz	New York; Sitz Europa und Deutschland: Bahnstraße 2, 40212 Düsseldorf
Lobbybüro Deutschland	
Lobbybüro EU	Brüssel
Webadresse	www.ketchum.com und www.ketchum.de

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	23
2 Fallbeispiele und Kritik	24
2.1 Ketchum und Country Branding für Russland	24
3 Struktur, Geschäftsfelder und Finanzen	24
4 Personen	25
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	26
6 Einzelnachweise	26

Lobbystrategien und Einfluss

- Wie ist die Lobbyarbeit organisiert?
- wichtige Personen (aktuell und ehemalig), z.B. Cheflobbyisten (in Berlin/Brüssel)
- Wichtige Verbandsmitgliedschaften und andere Netzwerk-Beziehungen
- Strategien: Ziele, erkennbare Konstanten, Einflusstaktiken

Fallbeispiele und Kritik

Ketchum und Country Branding für Russland

2006 erhielt Ketchum 2 Millionen Dollar, den damaligen G8 Gipfel, den Russland veranstaltete, medial zu propagieren.^[1]

2007 engagierte die russische Regierung Ketchum, um das zunehmend ramponierte Image aufzupolieren. Dazu sollte das Bild von Vladimir Putin, der russischen Regierung, des staatlichen Gasunternehmens Gazprom und des Militärs verbessert werden. Ketchum sollte vor allem die Energiesicherheit Russlands propagieren und gleichzeitig ausländische Investoren anlocken. Für einen zweimonatigen Vertrag bekam Ketchum 845.000 Dollar.^{[1][2]} Im gleichen Jahr zahlte auch Gazprom monatlich 250.000 Dollar an die PR-Agentur, die im Gegenzug eine Vielzahl von Treffen mit amerikanischen Presse- sowie Regierungsvertretern organisierte.^[3]

2008 wurde Ketchum erneut von der russischen Regierung als Teil einer groß angelegten Werbekampagne engagiert, um der Regierung dabei zu helfen, „[to] tell its story of economic growth and opportunity for its citizens“. ^[4] Ketchum arbeitete primär mit der Regierung und Gazprom zusammen. Von August 2008 bis Januar 2009 bezahlte Russland insgesamt 2,9 Millionen Dollar. Vor allem half Ketchum dabei die militärische Invasion Georgiens (2008) in einem guten Licht darzustellen zu lassen. Die PR-Agentur organisierte zum einen ein CNN Interview für und mit Putin, zum anderen Treffen zwischen Reportern und hohen Regierungsbeamten sowie Vertretern von Gazprom. Auch platzierte Ketchum bezahlte Annoncen in der Washington Post und sorgte dafür, dass Putin zur „Person of the Year“ des Time Magazines wurde.^[5]

Struktur, Geschäftsfelder und Finanzen

Die Global Headquarters von Ketchum befinden sich in New York. Ketchum, ein Unternehmen der Omnicom Group, ist in über 65 Ländern mit über 100 Niederlassungen tätig.

Der Hauptsitz der Ketchum Pleon GmbH ist Düsseldorf. Weitere Niederlassungen gibt es in Berlin, Bonn, Dresden, Frankfurt, München und Stuttgart. Der Honorar-Umsatz von Ketchum Pleon Deutschland wird für 2011 auf 42 Mio. Euro geschätzt.^[6] Die Beratungsfelder sind:

- Ketchum Pleon Change (Bewältigung von Veränderungsprozessen)
- Crisis Management (Unterstützung bei der Prävention und Bewältigung von Krisen einschließlich Medienmanagement)
- Corporate Social Responsibility (Fragen der Globalisierung, Corporate Governance, ökologische Folgen unternehmerischen Handelns)
- Financial Communications (Kapitalmarktkommunikation bei Börsengängen, Fusionen u.ä.m. sowie die Vermittlung von Marken und Produkten von Banken, Versicherungen, Investmentgesellschaften usw.)
- Marketing (Marketing-Beratung sowie Kommunikationsdienstleistungen)
- Public Affairs (die Kernleistungen beinhalten unter anderem Politikbeobachtung, Planung und Umsetzung politischer Frühwarnsysteme, Strategieberatung, Lobbying, Coaching, Krisenkommunikation sowie Media Relations und Veranstaltungsmanagement)

Nach eigenen Angaben ist Ketchum Pleon Deutschlands führende Agentur für Kommunikationsberatung und europäischer Marktführer für Corporate Communications, Public Affairs, Change, Healthcare, Brand- und Sales Communications. Für das Unternehmen seien allein in Deutschland mehr als 350 Beraterinnen und Berater tätig. Zu den über 200 Klienten gehörten zahlreiche DAX-30 und Euro Stoxx-Unternehmen, Bundes- und Landesministerien sowie Non-Profit-Organisationen.

Kunden: Bosch, Henkel, ING, Pfizer, Mars, Renault, Total, Bundesministerium für Arbeit und Soziales - 2010 bis 2014, Bundesministerium für Finanzen - 2010 bis 2012

Personen

Ketchum International

Senior Partner und Chairman: Ray Kotcher

Senior Partner und CEO: Rob Flaherty

Deutschland (Ketchum Pleon GmbH)

Executive Board/Berater

- Dirk Popp (CEO seit Juni 2011), Geschäftsführender Partner des Standorts Dresden und gleichzeitig deutschlandweiter Leiter des Crisis-Management-Netzwerkes, arbeitet seit mehr als 15 Jahren für Ketchum Pleon. In dieser Zeit hat er die Crisis & Issues Practice in Deutschland und Europa etabliert.
- Christiane Schulz, Geschäftsführende Partnerin des Standortes Berlin
- Horst Wettlaufer (CFO), zuvor Chief Operating Officer für Finanzfragen bei McCann Erickson Deutschland.

Weitere Mitarbeiter sind/waren:

- Hans-Joachim Reck, Senior Advisor seit 1. September 2015. In dieser Funktion berät Reck „Kunden deutschlandweit, etwa beim Lobbying und dem Aufbau von Netzwerken auf bundes- und landespolitischer Ebene“^[7]. Reck war zuvor Bundesgeschäftsführer der CDU (1993-1996), Generalsekretär der CDU in Nordrhein-Westfalen (2003-2006), Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses im nordrhein-westfälischen Landtag sowie Hauptgeschäftsführer des **Verbands kommunaler Unternehmen** (VKU), 2007-2015). Zudem ist Reck u. a. Präsident des **Bundesverbands öffentliche Dienstleistungen** (BVÖD) und des **Europäischen Verbands der öffentlicher Arbeitgeber und Unternehmen** (CEEP).
- **Tasso Enzweiler**, von 6/2011 - 3/2013 Managing Director und Leiter des Standorts Düsseldorf, zuvor Managing Director bei **Hering Schuppener** Consulting, ehemaliger Wirtschaftsjournalist bei: manager magazin, Capital, Welt, Financial Times Deutschland, ehemaliger Geschäftsführer der **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft** (INSM) und Autor des ÖkonomenBlog der INSM.
- **Andrea Fischer**, Partnerin von Pleon 2006-2009, ehemalige Bundesministerin für Gesundheit 1998-2001, folgend Beraterin für Pharmaindustrie und Krankenkassen, seit 2012 Leiterin des Dezernats Finanzen, Gebäudewirtschaft und Krankenhäuser der Region Hannover.^[8]

Politikberatung in Berlin

Der Berliner Standort arbeitet unter anderem für das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie für das Bundesministerium der Finanzen. Das Büro berät darüber hinaus verschiedene Interessenvertretungen sowie zahlreiche international agierende Kunden in den Bereichen Food & Beverage, Energy & Sustainability sowie Healthcare.^[9] Berater in Berlin sind u. a.:

- Christiane Schulz, Geschäftsführende Partnerin
- Peter Strieder, Senior Partner, ehemaliger SPD-Politiker, ehemaliger Stadtentwicklungssenator von Berlin.
- Christof Biggeleben, Head of Campaigning, berät vor allem Ministerien, Organisationen und Verbände, zuvor bei Scholz & Friends Agenda tätig.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

- ^{1,01,1} ↑ [Russia's Use of PR as a Foreign Policy Tool](#), von Robert Orttung, russian analytical digest 81 /10, abgerufen am 13. März 2014
- [↑] [Rebranding Russia](#), von Sheldon Rampton, PRWatch, 08. April 2007, abgerufen am 13. März 2014
- [↑] [Ketchum Caught "Man of the Year" Title for Putin](#), von Diane Farsetta, PRWatch, 20. Februar 2008, abgerufen am 13. März 2014
- [↑] [Ketchum Helps Russia with "Really Smart PR"](#), von Dianne Farsetta, PRWatch, 06. März 2008, abgerufen am 13. März 2014
- [↑] [Consultants Rush in to Help Russia](#), von Diane Farsetta, PRWatch, 11. Februar 2009, abgerufen am 13. März 2014
- [↑] [Ketchum Pleon Popp holt Campaigning-Chef für Berlin](#), PR-Magazin 5/2012
- [↑] [Ketchum Pleon Deutschland verpflichtet Hans-Joachim Reck](#), Pressemitteilung 11.9.2015
- [↑] [Lobbypedia Artikel Andrea Fischer](#)
- [↑] [Pressemitteilung vom 3. Mai 2012. Ketchum Pleon verpflichtet Head of Campaigning](#)

AmCham EU

American Chamber of Commerce to the European Union (AmCham EU)

[[Bild:<date>|center]]

Rechtsform Non-profit association

Tätigkeitsbereich Interessenvertretung von US-Unternehmen mit Aktivitäten in der EU

Gründungsdatum

American Chamber of Commerce to the European Union (AmCham EU)

Hauptsitz Avenue des Arts 53, Brüssel

Lobbybür

o

Lobbybür Avenue des Arts 53, Brüssel

o EU

Webadre <http://www.amchameu.eu/sse>

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	27
2 Organisationsstruktur und Personal	28
2.1 Mitglieder	28
2.2 Struktur	28
2.3 Mitarbeiter in Führungspositionen	28
2.4 Institutional Affairs Committee	29
2.5 Spezialisierte Gruppen	29
2.6 Verbindungen	29
3 Finanzen	29
4 Lobbystrategien und Einfluss	29
5 Fallstudien und Kritik	29
6 Weiterführende Informationen	30
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	30
8 Einzelnachweise	30

Kurzdarstellung und Geschichte

Die American Chamber of Commerce to the European Union (**AmCham EU**) vertritt die Interessen der US-Wirtschaft in der EU. In ihr sind 158 US-Unternehmen aus diversen Branchen organisiert. Es handelt sich um eine rechtlich selbständige Organisation, die Mitglied der [U.S. Chamber of Commerce](#) ist, einer der weltweit größten Lobbyorganisationen. Sie ist auch Mitglied des European Council of American Chambers of Commerce ([AmChams in Europe](#)).

Das Sekretariat besteht aus 20 festangestellten Mitarbeitern. Die Mitglieder betätigen sich über ein Netzwerk von Komitees, vier Management-Gruppen und dem Exekutivrat ("Executive Council"). Es werden Expertisen von über 650 Experten angeboten. Die Organisation hat enge Beziehungen zu EU-Offiziellen und europäischen politischen Entscheidungsträgern aufgebaut.

Die Positionspapiere ("Position Papers") sind [hier](#) abrufbar. Themen sind u.a. das TTIP, die REACH-Verordnung, die Klima- und Energiepolitik, die Tabakrichtlinie und die Strukturreform des Bankwesens.

Zu den Vorteilen einer Mitgliedschaft gehören nach eigenen Angaben u.a.:

- Zugang zu den Entscheidungsträgern, die die EU-Politik beeinflussen
- Zusammenarbeit mit der [United States Mission to the European Union](#) und der [AmChams in Europe](#)
- Beeinflussung der EU-Politik und EU-Gesetzgebung, soweit diese die Geschäfte und Investitionen der Mitglieder berühren

- Sammlung von Wissen zu Änderungen bei den EU-Institutionen und neuen politischen Initiativen
- Zugang zu den Publikationen und praktischen Hinweisen zu EU-Institutionen mit Erklärungen zu wichtigen politischen Vorhaben und deren Auswirkungen auf das Geschäft

Organisationsstruktur und Personal

Mitglieder

Zu den Mitgliedern gehören einige der weltweit größten Unternehmen, Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, Anwaltskanzleien und Lobbyorganisationen.

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar.

Zu den Goßunternehmen gehören z.B.

- [ExxonMobil](#)
- [Goldman Sachs](#)
- [Google](#)
- [Monsanto](#)
- Amazon
- Microsoft
- IBM

Zu den WirtschaftsprüfungsgesellschaftenAnwaltskanzleien gehören z.B.

- [Ernst & Young](#)
- [Freshfields](#)
- [Linklaters](#)

Zu den Lobby-Agenturen gehören z.B.

- [Burson-Marsteller](#)
- [Hill+Knowlton](#)
- [Fleishman-Hillard](#)

Struktur

Die Struktur der Organisation ist [hier](#) abrufbar.

Mitarbeiter in Führungspositionen

- Susan Danger (CEO)
- Lucia Vaculova (Associate Manger)
- Maximiliano Santy (Senior Operations Director)
- Thibaut L'Ortye (Director of Public Affairs)

Institutional Affairs Committee

Dieses Komitee beschäftigt sich mit der eigentlichen Lobbyarbeit (Aktuelle Themen: Veränderungen bei den EU-Institutionen, Regulierungen, Europäische Transparenz-Initiative; EU-US Regulierungsmodelle, EU-Gesetzgebung)

Spezialisierte Gruppen

Hierzu gehören u.a.:

- **TTIP-Task-Force**. Deren Themen sind der **Transatlantic Economic Council**, die **High Level Working Group on Jobs and Growth** und der **Transatlantic Legislators' Dialogue**. Sie koordiniert insbesondere den Input der AmCham EU an den **Transatlantic Economic Council**, deren Stakeholder/Advisor die **U.S. Chamber of Commerce** ist.
- **Legal Affairs Task Force**. Sie dient als Diskussionsforum für Themen mit EU-rechtlichem Hintergrund, die sich für die Mitglieder als Bedrohung oder als günstige Gelegenheit erweisen können.
- **European Parliament Outreach Task Force**. Ihre Aufgabe ist es, die Interaktion zwischen der AmCham EU und dem Europäischen Parlament zu fördern. Dazu sollen insbesondere die Beziehungen zu den Mitgliedern des Parlaments gestärkt werden.

Verbindungen

AmCham EU ist Mitglied der folgenden Organisationen:

- European Council of American Chamber of Commerce (**AmChams in Europe**)
- **U.S. Chamber of Commerce**
- **European Policy Centre** (EPC)
- **Centre for European Policy Studies** (CEPS)
- **Friends of Europe**
- **Cross-Industry Initiative**, eine Super-Lobby-Gruppe mehrerer Branchen zum Abbau der EU-Regulierung für Chemikalien
- EU-"Platform for Tax Good Governance"^[1] deren Thema EU-Steuerreformen sind

Finanzen

Lobbystrategien und Einfluss

Laut den Angaben im **EU-Transparenzregister** betrugen die Ausgaben für direkte Lobbyarbeit bei den EU-Institutionen im Jahr 2015 zwischen einer Million und 1,25 Millionen Euro.

Fallstudien und Kritik

genauere Recherchen zu einzelnen Lobbyprojekten, Kampagnen

Weiterführende Informationen

- ...

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)[Bluesky](#)[Facebook](#)[Instagram](#)

Einzelnachweise

- ↑ [Platform for Tax Good Governance](#), ec.europa.eu, abgerufen am 09.08.2018

European Policy Centre

Das **European Policy Centre** (EPC) ist eine Brüsseler Denkfabrik mit exzellenten Verbindungen zu EU-Institutionen. Mitglieder sind eine Reihe von Großunternehmen und Wirtschaftsverbänden. Das EPC kam 2010 in die Kritik, weil es in den 90er Jahren als Vorfeldorganisation einer von der Tabakindustrie angeführten Unternehmensallianz diente.

Strategische Partner sind die King Baudoin Foundation, die Mercator Stiftung und die Adessium Foundation. Zu den think tank Partnern gehört die [Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik](#), das [Centre for European Reform](#) und weitere nationale Denkfabriken ^[1]. Es ist weiterhin Teil des [Transatlantic Policy Network](#) (TPN).

European Policy Centre

Rechtsform	AISBL (nach belgischem Recht)
Tätigkeitsbereich	Denkfabrik
Gründungsdatum	1997
Hauptsitz	Brüssel
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	Rue du Trône, 14-16, 1000 Brussels
Webadresse	http://www.epc.eu

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategie und Einfluss	31
2 Kurzdarstellung und Geschichte	31
3 Organisationsstruktur und Personal	32
3.1 Mitglieder	32
3.2 Präsidentin	32
3.3 Geschäftsführer	32
3.4 Verwaltungsrat	32
3.5 "General Assembly"	33
3.6 Beirat (Strategic Council)	33
4 Finanzen	35
5 Fallstudien und Kritik	35
5.1 Das EPC als Vorfeldorganisation für die Tabakindustrie	35

6 Weiterführende Informationen	36
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	36
8 Einzelnachweise	36

Lobbystrategie und Einfluss

Zu den Vorteilen einer Mitgliedschaft verweist das EPC u.a. auf den einzigartigen Zugang zu seinem Netzwerk von Organisationen sowie zu EU-Kommissar:innen, EU-Parlamentarier:innen, hochrangigen Vertreter:innen von EU-Institutionen und internationalen Organisationen, die regelmäßig bei den Veranstaltungen auftreten.^[2] Über seine Veranstaltungen und Publikationen nehme es Einfluss auf die Diskussionen zu Europa und die wichtigen Fragen, denen sich die EU konfrontiert sehe. Das EPC agiere als Katalysator für neues Denken und neue Lösungen. Viele Mitglieder des EPC sind Großunternehmen und einflussreiche Verbände, die über die genannten Kontaktmöglichkeiten ihre wirtschaftlichen Interessen bei der Ausgestaltung eines neuen Europa einbringen können. Zu den Großunternehmen gehören z.B. [BASF](#), [ExxonMobil](#), [Google](#) und [Siemens](#), zu den Verbänden [BusinessEurope](#), der [Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft](#) (BDEW), [Cefic](#), [EuropaBio](#) und [DIGITALEUROPE](#).

Die Kontaktaufnahme zur EU wird auch dadurch erleichtert, dass ehemalige ranghohe Vertreter:innen von EU-Institutionen beim EPC mitwirken. So war der Präsident des EPC, Hermann Van Rompuy, Vorsitzender des Europäischen Rats. Fabio Colasanti, Mitglied der Generalversammlung, ist ein ehemaliger Generaldirektor der Europäischen Kommission. Joaquin Almunia, Mitglied des Beirats, als auch des Vorstandes, war EU-Wettbewerbskommissar. 2020 hat das EPC ca. 240 Veranstaltungen organisiert, von denen der Großteil öffentlich waren und die, aufgrund der Corona-Pandemie, hauptsächlich online stattfanden.^[3] Weiterhin erstellte das EPC 2020 101 Publikationen. Zudem haben sich Vertreter:innen des EPC insgesamt 57 Mal mit Mitgliedern der Europäischen Kommission getroffen.^[4]

Kurzdarstellung und Geschichte

Lobbyismus in der EU



- [Überblick A-Z](#)
- [Lobbyismus in der EU](#)

Das EPC wurde 1997 von Stanley Crossick, Max Kohnstamm und John Palmer gegründet. Gründungsvorsitzender war der Lobbyist Stanley Crossick, u.a. Gründer des Belmont European Community Office und des Belmont European Policy Centre sowie Senior Vice-Chairman der American Chamber of Commerce (EC Committee).^[5]

Das EPC analysiert Entwicklungen in der EU und erarbeitet Reformvorschläge, die sie Vertreter:innen der EU-Institutionen nahe bringt. Als Schwerpunktthemen werden genannt: „European Politics and Institutions“, „European Migration and Diversity“, „Europe in the World“, „Sustainable Prosperity for Europe“, Europe's Political Economy“ und „Social Europe & Well-being“.

Organisationsstruktur und Personal

Mitglieder

Mitglieder: 340 (Stand: 02/2023), darunter

- 54 international tätige Großunternehmen
- 80 Verbände
- 61 Diplomatische Vertretungen
- 23 Stiftungen
- 6 Regierungsorganisationen
- 12 zwischenstaatliche Organisationen
- 51 Nichtregierungsorganisationen
- 34 regionale und lokale Regierungsorganisationen
- 6 religiöse Organisationen
- 3 Universitäten und
- das Internationale Komitee des Roten Kreuzes und die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)
- 8 Weitere

Quelle: ^[6]

Präsidentin

Präsidentin ist:

- Brigid Laffan, ehem. Direktorin des Robert Schumann Centre for Advanced Studies, European University Institute

Geschäftsführer

Geschäftsführer („Chief Executive“/„Secretary to the General Assembly“) ist:

- Fabian Zuleeg, Executive Board [Transparency International EU](#) ^[7]

Verwaltungsrat

Mitglieder sind:

- David O'Sullivan, ehem. EU-Botschafter in den Vereinigten Staaten
- Rachel Barlow, stellvertr. Direktorin der 'Public affairs Europe' von Oxford HR

- Jim Cloos, ehem. Generaldirektor für allgemeine und institutionelle Politik, Generalsekretariat des EU-Ministerrats
- Susan Danger, CEO der American Chamber of Commerce to the EU
- Stefan Schäfers, Leiter der Abteilung für Europäische Angelegenheiten der King Baudouin Stiftung
- Alexander Stubb, Direktor der School of transnational governance, European University Institute
- Nathalie Tocci, Direktorin des Istituto Affari Internazionali und Beraterin der ehem. Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Federica Mogherini und Honorarprofessorin an der Universität Tübingen

Quelle: ^[8]

"General Assembly"

Mitglieder sind:

Zu den Mitgliedern gehören die sonstigen Mitglieder des Verwaltungsrats sowie fünf weitere Personen

- Poul Skytte Christoffersen, ehem. dänischer Botschafter in Belgien, ehem. Ständiger Vertreter Dänemarks bei der EU
- Jacki Davis, Senior Adviser für Kommunikationsstrategie
- Luc Tayart de Borms, Geschäftsführer der King Baudouin Stiftung
- Philippe de Buck, Senior Advisor, [Hill+Knowlton Strategies](#), Mitglied des [Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses](#)
- Andrew Duff, Präsident der [Spinelli Group](#), Ehemaliger Abgeordneter des [[Europäisches Parlament|Europäischen Parlaments] *George Pagoulatos, Professor für Europäische Politik an der Wirtschaftsuniversität Athen, Vizepräsident der Hellenic Foundation for European and Foreign Policy (ELIAMEP)

Quelle: ^[9]

Beirat (Strategic Council)

Mitglieder, u.

a.:

- | | |
|---------------------------------|---|
| <p>Herman Van Rompuy</p> | <ul style="list-style-type: none"> • Ehrenpräsident • TomorrowLab, Vorsitzender des Beirats ^[10] • bis 11/2014 Präsident des Europäischen Rats • ehem. belgischer Premierminister |
| <p>Joaquin Almunia</p> | <ul style="list-style-type: none"> • Centre for European Policy Studies (CEPS), Mitglied des Verwaltungsrats („Board of Directors“) ^[11] • Friends of Europe, Mitglied des Kuratoriums („Board of Trustees“) ^[12] • bis 2014 EU-Wettbewerbskommissar und Vizepräsident der EU-Kommission |

Mitglieder, u.

a.:

- | | |
|------------------------------|--|
| Lord Kerr of Kinlochard | <ul style="list-style-type: none"> • Royal Dutch Shell, 2005-2012 Stellv. Vorstandsvorsitzender • ehem. Botschafter Großbritanniens bei der EU |
| Erika Mann | <ul style="list-style-type: none"> • seit 10/2011 Facebook, Leiterin des Brüsseler Lobbybüros *ehem. Mitglied des Europäischen Parlaments für die SPD *Atlantic Council, Senior Fellow |
| Jo Leinen | <ul style="list-style-type: none"> • SPD, Mitglied des Europäischen Parlaments |
| Wolfgang Schüssel | <ul style="list-style-type: none"> • Bertelsmann Stiftung, Mitglied des Kuratoriums *European Council on Foreign Relations (ECFR), Mitglied • ehem. österreichischer Bundeskanzler |
| Hendrik Bourgeois | <ul style="list-style-type: none"> • Apple, Direktor für Strategie und Politik in Europa und Russland |
| Marta Dassù | <ul style="list-style-type: none"> • Aspen Institute, Direktorin für Europangelegenheiten • Zeitschrift Aspenia, Chefredakteurin |
| Catherine Day | <ul style="list-style-type: none"> • EU-Kommission, ehem. Generalsekretärin |
| Jean Claude Juncker | <ul style="list-style-type: none"> • ehemaliger Präsident der EU-Kommission |
| Brigide Laffan (Präsidentin) | <ul style="list-style-type: none"> • Robert Schumann Centre for Advanced Studies (European University Institute), ehem. Direktorin |
| Antonio Missiroli | <ul style="list-style-type: none"> • NATO, Stellvertretender Generalsekretär für aufkommende Sicherheitspolitische Herausforderungen |
| Federica Mogherini | <ul style="list-style-type: none"> • ehem. Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik |
| Kristina Persson | <ul style="list-style-type: none"> • Denkfabrik Global Challenge, Gründerin • ehem. Schwedische Ministerin • ehem. Mitglied des EU-Parlaments |
| Jean-Claude Piris | <ul style="list-style-type: none"> • ehem. Generaldirektor des Juristischen Dienstes der Europäischen Union |
| Janez Potočnik | <ul style="list-style-type: none"> • ehem. Europäischer Kommissar für Umwelt |

Mitglieder, u.

a.:

- | | |
|------------------------------------|---|
| <p>Mario João Rodrigues</p> | <ul style="list-style-type: none"> • Ehem. Mitglied des EU-Parlaments • Professorin für Wirtschaft an der Universität Lissabon |
| <p>Peter Semneby</p> | <ul style="list-style-type: none"> • ehem. EU-Sonderbeauftragter für den Südkaukasus |
| <p>Rita Süssmuth</p> | <ul style="list-style-type: none"> • ehem. Präsidentin des Deutschen Bundestages |
| <p>Zeger Vercouteren</p> | <ul style="list-style-type: none"> • Johnson&Johnson , Vize-Präsident für Regierungsangelegenheiten und Politik im Raum Europa |

(Stand: Februar 2023) Quelle: ^[13]

Finanzen

Das Budget lag im Jahr 2021 bei 3,5 Mio Euro. Die größten Beiträge kamen von der King Baudouin Stiftung, der Stiftung Mercator, dem europäischen Förderprogramm „Europe for Citizens“ und der Adessium Stiftung. Eine Liste der Förderer, die 2019 5000 Euro oder mehr gespendet haben, findet sich hier. ^[14] Die Lobbyausgaben lagen im Jahr 2020 zwischen 2,5 bis 2,75 Mio Euro. ^[15]

Quelle: ^[16]

Fallstudien und Kritik

Das EPC als Vorfeldorganisation für die Tabakindustrie

Eine Allianz von Großunternehmen und Wirtschaftsverbänden setzte in den 1990er Jahren durch, dass europäische Gesetze vorab auf ihre ökonomischen Kosten untersucht und dabei vor allem die betroffenen Branchen gehört werden sollten. Damit sollte der Ablauf des europäischen Gesetzgebungsverfahrens prinzipiell so gestaltet werden, dass die eigenen Interessen möglichst gut zur Geltung kommen. Die strategische Allianz von Großunternehmen und Wirtschaftsverbänden wurde von dem Lucky Strike-Hersteller **British American Tobacco** (BAT) ins Leben gerufen.

Um die Glaubwürdigkeit der Lobbykampagne zu erhöhen, sollte nicht BAT selber, sondern eine möglichst renommierte „Frontorganisation“ die Initiative ergreifen. Ausgewählt hierfür wurde das European Policy Centre (EPC) als Brüsseler Denkfabrik mit exzellenten Verbindungen zur EU-Administration. EPC wiederum gründete im Auftrag von BAT das „risk assessment forum“, das als Plattform für Unternehmen gedacht war, die von staatlicher Regulierung besonders betroffen sind. Dieses Vorgehen wurde durch eine Studie in der Medizinzeitschrift "Public Library of Science" im Januar 2010 bekannt. EPC sagte nach dem Erscheinen, das EPC habe sich seitdem grundlegend umstrukturiert. ^[17]

Weiterführende Informationen

- [Immer erst die Industrie fragen](#), LobbyControl-Blog vom 23.03.2010 zu der Studie über EPCs Tätigkeit als Frontgruppe der Tabakindustrie in den 90er Jahren

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [think-tank-partners](#), epc.eu, abgerufen am 21.01.2022
2. ↑ [EPC's international membership](#), epc.eu, abgerufen am 24.01.2022
3. ↑ [EU-Transparenzregister](#), europa.eu, abgerufen am 24.01.2022
4. ↑ [EU-Transparenzregister](#), europa.eu, abgerufen am 24.01.2022
5. ↑ [Corporate Europe Observer Part One: The European Policy Centre](#), archive.corporateeurope.org 23.10.1998, abgerufen am 27.01.2022
6. ↑ [Jahresbericht EPC 2021](#), abgerufen am 06.02.2023
7. ↑ [Transparency International EU](#), abgerufen am 27.01.2022
8. ↑ [Governing Board](#), epc.eu, abgerufen am 06.02.2023
9. ↑ [Generalversammlung](#), epc.eu, abgerufen am 06.02.2023
10. ↑ [Management Advisory Board](#), tomorrowlab.com, abgerufen am 27.01.2022
11. ↑ [CEPS Board of Directors](#), ceps.eu, abgerufen am 28.01.2022
12. ↑ [Board of Trustees](#), friendsofeurope.org, abgerufen am 27.01.2022
13. ↑ [Strategic Council](#) Webseite EPC, abgerufen am 06.02.2023
14. ↑ [Contributions](#) Webseite EPC, abgerufen am 01.02.2022
15. ↑ [Lobbying Costs](#) Lobbyfacts EU, abgerufen am 03.02.2022
16. ↑ [Financing](#) Webseite EPC, abgerufen am 01.02.2022
17. ↑ [Immer erst die Industrie fragen](#), LobbyControl-Blog vom 23.3.2010, abgerufen am 01.02.2022

Centre for European Policy Studies

Das **Centre for European Policy Studies** (CEPS) ist eine mit Vertretern der Wirtschaft vernetzte Denkfabrik, die regelmäßig Studien für EU-Institutionen und nationale Regierungen erstellt.

Als eine der ressourcenstärksten Denkfabriken ist sie ein wichtiger Akteur wenn es darum geht, bestimmt Interessen gegenüber den politischen Entscheidungsträgern zu vertreten. ^[1]

Centre for European Policy Studies (CEPS)



Rechtsform

Tätigkeitsbereich Europäischer Think-Tank

Gründungsdatum 1983

Dem Verwaltungsrat ("Board of Directors") gehören ganz überwiegend Personen an, die in Leitungsgremien von Unternehmen/Verbänden mitwirken oder als Unternehmensberater tätig sind. CEPS-Vorsitzender ist Joaquin Almunia, ehemaliger Wettbewerbskommissar, der zudem auch im [European Policy Centre](#) und [Friends of Europe](#)

Vorstand sitzt. Mit dem ehemaligen CEPS- Direktor Dainel Gros saß auch jahrelang (2000-2020) ein Berater von EU-Institutionen und Vizepräsident eines führenden italienischen Vermögensberaters im Verwaltungsrat.

Mitgliedsunternehmen haben Zugang zu einer Reihe von Angeboten, die eine direkte Interaktion mit EU-Entscheidungsträgern ermöglichen. Dazu zählen „Corporate Breakfasts“, die „CEPS Task Force“ oder der Austausch mit bestimmten Interessengruppen in Diskussionsrunden. ^[2]

Centre for European Policy Studies (CEPS)**Hauptsitz** 1 Place du Congres, Brüssel**Lobbybüro****Lobbybüro EU****Webadresse** www.ceps.eu**Inhaltsverzeichnis**

1 Lobbystrategien und Einfluss	37
1.1 Forschungsinstitute	37
1.2 Netzwerke	38
1.3 Energy Climate House (ECH)	38
1.4 Carbon Market Forum (CMF)	38
2 Fallbeispiele und Kritik	38
2.1 Studien zum Freihandelsabkommen TTIP	38
3 Organisationsstruktur und Personal	39
3.1 Geschäftsführung	39
3.2 Verwaltungsrat (Board of Directors)	39
3.3 Mitglieder	39
3.4 Forschungsbereiche	40
4 Finanzen	40
5 Kurzdarstellung und Geschichte	41
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	41
7 Einzelnachweise	41

Lobbystrategien und Einfluss

Das CEPS war an 22 verschiedenen Projekten des European Commission's Framework Programme („Horizont 2020“ von 2014 bis 2020) beteiligt und verfügte somit über exzellente Verbindungen zur Europäischen Kommission und zum Europäischen Parlament.

Forschungsinstitute

Die folgenden Forschungsinstitute werden von CEPS gemanagt:

- [European Capital Markets Institute](#) (ECMI)
- [European Credit Research Institute](#) (ECRI)

Netzwerke

Die folgenden Netzwerke werden von CEPS organisiert:

- [European Climate Platform](#) (ECP)
- [European Network for Better Regulation](#) (ENBR)
- [European Network of Economic Policy Research Institutes](#) (ENEPRI)
- [European Policy Institutes Network](#) (EPIN)

Energy Climate House (ECH)

CEPS hat das [Energy Climate House](#) (ECH) als Exzellenzzentrum für Energie und Klimawandel gegründet.^[3] Es wird von den folgenden Energiekonzernen unterstützt: Electricité de France (EDF), Enel, ENGIE (ursprünglich GDF Suez) , [E.ON](#), ERG, ExxonMobil, Iberdrola und [RWE](#).

Carbon Market Forum (CMF)

Das CMF ist ein Forum, in dem sich Politiker und Regulatoren mit Akteuren des Emissionsrechtehandels treffen und gemeinsam Regulierungsfragen und allgemeine politische Themen diskutieren.^[4]

Leiter des CMF ist [Andrei Marcu](#), mit dessen Hilfe nach Auffassung von "Corporate Europe Observatory" die CEPS eine der Architekten des EU-Emissionsrechtehandels geworden ist. Seine Posten als Präsident bei der [International Emissions Trading Association](#) (IETA), als Mitarbeiter bei dem [United Nations Development Programme](#) (UNDP) der [Weltbank](#) und der [Mercuria Energy Group](#), als CEO bei [BlueNext](#) und als Direktor beim [World Business Council for Sustainable Development](#) (WBCSD) machen in zu einem einflussreichen Strippenzieher.^[5]

Fallbeispiele und Kritik

Studien zum Freihandelsabkommen TTIP

Das CEPS hat gemeinsam mit dem [Center for Transatlantic Relations](#) (CTR) in Washington, D.C., eine Reihe von Studien zu verschiedenen Aspekten des Freihandelsabkommens [Transatlantic Trade and Investment Partnership](#) (TTIP) erstellt. Damit sollen den TTIP-Verhandlungsführer sowie dem EU-Parlament, dem US-Kongress und einer breiteren Öffentlichkeit seriöse Informationen zu diesem Thema angeboten werden. Die niederländische Journalismus-Plattform The Correspondent kritisiert die Objektivität und Unabhängigkeit dieser Studien. Die Argumentation sei einseitig und weise jegliche Kritik am Freihandelsabkommen zurück. Weiterhin kritisieren die Niederländer, dass 53 der insgesamt 128 Mitglieder des CEPS selbst aktive Lobby-Arbeit für TTIP betreiben. Doch auch das CEPS selbst fördere den direkten Kontakt zwischen den Unternehmen und dem Handelskommissar. So veranstalteten sie beispielsweise ein Frühstücks-Event für die wichtigsten Beitragszahler und Ex-Handelskommissar Karel de Gucht.^[6]

Organisationsstruktur und Personal

Geschäftsführung

Seit dem Jahr 2000 ist **Karel Lannoo** Geschäftsführer von CEP5.

- European Shadow Financial Regulatory Committee (ESFRC), Mitglied
- Bolsas y Mercados Espanoles SHMSF SA (Financial & Commodity Market Operators), Direktor
- European Credit Research Institute, Manager
- European Capital Markets Institute (ECMI) , Direktor
- Lannoo Uitgeverij Group, Direktor
- European Money Markets Institute (EMMI), Mitglied
- Fundacion Carlos Amheres, Mitglied

Quelle: ^[7]

Verwaltungsrat (Board of Directors)

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören u.a.

- **Joaquin Almunia** (Vorsitzender)
 - [European Policy Centre](#), Mitglied des Beirats
 - [Friends of Europe](#), Mitglied des Kuratoriums ("Board of Trustees")
 - ehem. EU-Kommissar
 - ehem. Vizepräsident der EU-Kommission
- Caio Koch Weser
 - ehem. Staatssekretär im Bundesfinanzministerium (1999-2005)
 - Deutsche Bank, ehem. stellvertretender Vorstand (2006-2016)
- Danuta Hübner
 - Mitglied des Europäischen Parlaments (EVP-Fraktion)
 - **Spinelli Group**, Mitglied des Beirats
 - [Transatlantic Policy Network](#), Mitglied des „Steering Committee“

Mitglieder

Mitglieder sind zum einen etwa 189 Unternehmen, Wirtschaftsverbände und Lobbyagenturen, die [hier](#) abrufbar sind. Zu ihnen gehören z.B.

- **Commerzbank**
- [Apple](#)
- **Shell**

- [Businesseurope](#)
- [AXA](#)
- [Google](#)
- [Brunswick Group](#)
- [Facebook](#)
- [Fleishman-Hillard](#)
- [Microsoft](#)
- [Siemens](#)
- [Volkswagen AG](#)

Hinzu kommen die [hier](#) abrufbaren institutionellen Mitglieder. Zu ihnen gehören z. B.

- [Bertelsmann Stiftung](#)
- [City of London](#)
- [Friedrich-Naumann-Stiftung](#)
- [Friedrich Ebert Stiftung](#)
- [NATO Parliamentary Assembly](#)
- [VDA](#)
- [VCI](#)
- [Hanse Office](#)
- Vertretung des Landes Hessen bei der EU
- Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen bei der EU
- Vertretung des Landes Baden-Württemberg bei der EU

Forschungsbereiche

Die Forschungsprogramme betreffen:

- Wirtschafts- und Wohlfahrtspolitik
- Energie- und Klimawandel
- EU-Außenpolitik
- Finanzinstitutionen und Märkte
- Justiz und Inneres
- Politik und Institutionen
- Regulierungsangelegenheiten
- Agrarpolitik

Quelle: ^[8]

Finanzen

Im Jahr 2021 kamen 50,6 % der Einnahmen aus Zuschüssen der EU. Die Mitgliedsbeiträge machten 16,93% des Budgets aus. Zu den Mitgliedern gehören Apple, ExxonMobile, Facebook, Microsoft, Google, Volkswagen, Commerzbank, Shell, EFTA, und die Deutsche Telekom. Der restliche Beitrag setzt sich aus Projekten mit privaten Organisationen (10,8%), Regierungen (7%) und Stiftungen (4%) zusammen. Zusätzliche Einnahmen

generiert CEPS durch die Organisation von Projekten wie Idea Labs. Die genannten Einnahmen beinhalten jedoch nicht die Einnahmen der Projektpartner von CEPS. ^[9] Trotz der ausführlichen Prozentangaben ist im Jahresbericht von 2021 oder auf der Website nicht ersichtlich, von welchen Beträgen genau geredet wird. Im Jahr 2019 lagen das Budget allerdings bei 6,7 Mio Euro. Die Ausgaben für Lobbytätigkeiten 2019 beliefen sich auf 800.000 bis 899.999 Euro. ^[10]

Kurzdarstellung und Geschichte

Das CEPS wurde 1983 als Denkfabrik und Diskussionsforum für Themen mit EU-Bezug gegründet, in dem Vertreter der Wirtschaft, politische Entscheidungsträger und Wissenschaftler aus ganz Europa zusammenarbeiten. Besonderer Fokus liegt auf der Bewältigung von europäischen Herausforderungen und Problemen, wie beispielsweise den Nachwirkungen der Wirtschaftskrise, Migration und Datenschutz. Es verfügt über eigene Forschungskapazitäten mit über 70 Wissenschaftlern und ein weltweites Netzwerk von Partnerinstituten. Die Publikationen des CEPS sind [hier](#) abrufbar. Der größte Teil der Forschungsaufträge entfällt auf EU-Institutionen und nationale Regierungen. ^[11]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)[Bluesky](#)[Facebook](#)[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Thinking Allowed](#) Corporate Europe Observatory vom 05.07.2016, abgerufen am 10.03.2022
2. ↑ [CEPS Membership](#) ceps.eu, abgerufen am 10.03.2022
3. ↑ [About Us](#), ceps.eu, abgerufen am 11.03.2022
4. ↑ [CEPS Carbon Market Forum](#), ceps.eu, abgerufen am 11.03.2022
5. ↑ [Guide to corporate Lobbying](#), Corporate Europe Observatory Oktober 2013, abgerufen am 10.03.2022
6. ↑ [Pro-TTIP Think-Tanks](#), The Correspondent vom 15.01.16, abgerufen am 11.03.2022
7. ↑ [\[Karel Lannoo\]](#) globsec.org, abgerufen am 10.03.2022
8. ↑ [EU Transparenzregister](#), europa.eu/transparenzregister abgerufen am 11.03.2022
9. ↑ [Annual Report](#) Jahresbericht CEPS 2021, S. 34, abgerufen am 11.03.2022
10. ↑ [Lobbyfacts](#) lobbyfacts.de, abgerufen am 11.03.2022
11. ↑ [About CEPS](#), CEPS-Webseite abgerufen am 11.03.2022

Friends of Europe

Friends of Europe ist ein [europäischer Think tank](#), der Vertreter von Unternehmen mit Vertretern der EU-Institutionen über Veranstaltungen, zu denen nur Mitglieder zugelassen sind, zusammenbringt.

Friends of Europe**Rechts** Association sans but lucratif (Asbl) =

Im Kuratorium sind ehemalige EU-Kommissare, Regierungschefs und EU-Parlamentarier neben Repräsentanten der Wirtschaft vertreten. Diese institutionalisierten Kontakte eröffnen der Wirtschaftslobby die Möglichkeit, die EU-Politik in ihrem Interesse informell zu beeinflussen. Dies betrifft vor allem Gesetze und Verordnungen zur Regulierung der Branchen, in denen Mitglieder von Friends of Europe sich betätigen.

Der Präsident **Etienne Davignon**, ehem. EU-Kommissar und Vizepräsident der EU-Kommission, ist/war in einer Vielzahl von Leitungsgremien großer Unternehmen und deren Netzwerken aktiv. Als EU-Kommissar hat er sogar an der Gründung und Ausgestaltung des **European Roundtable of Industrialists** (ERT) mitgewirkt. Der Gründer **Giles Merritt**, Mitglied des Kuratoriums, hat weitere lobbynahe Organisationen gegründet und ist in diesen an leitender Stelle tätig.

Friends of Europe

form Verein ohne Gewinnerzielungsabsicht
Tätigk Europäische Denkfabrik, in der
eitsber Lobbyisten und Vertreter der EU-
eich Institutionen zusammenarbeiten
Gründ 1999
ungsd
atum
Haupts Brüssel, Rue de la Science 4
itz
Lobby
büro
Lobby
büro
EU
Webad www.friendsofeurope.org
resse

Inhaltsverzeichnis

1 Mitglieder/Sponsoren/Partner: Einfluss auf Programme, Beiträge in Publikationen sowie Netzwerkbildung	42
2 Kurzdarstellung und Geschichte	43
3 Aktivitäten	43
3.1 Themen	43
3.2 Programme	43
3.3 Veranstaltungen	43
3.4 Diskussionsplattform Debating Europe	44
4 Struktur, Leitungsgremien und Mitglieder	44
4.1 Präsident	44
4.2 Direktorin	44
4.3 Generalsekretär	45
4.4 Kuratorium ("Board of Trustees")	45
4.5 Mitglieder	45
5 Mitgliedschaften	45
6 Finanzen	45
7 Weiterführende Informationen	45
8 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	45
9 Einzelnachweise	46

Mitglieder/Sponsoren/Partner: Einfluss auf Programme, Beiträge in Publikationen sowie Netzwerkbildung

Über ihre Mitgliedschaft und das Sponsern von Veranstaltungen können Vertreter von Unternehmen und Verbänden auf Veranstaltungen referieren und/oder Kontakte zu führenden Vertretern der EU-Institutionen und nationalen Politikern herstellen, die die Veranstaltungen moderieren oder als Referenten auftreten.^[1] Die Mitgliedschaft vermittelt „participation at all our debates, hard copies of our reports, the right to make suggestions for topics and finally, networking opportunities.“ Das Projektssponsoring garantiert „associated

visibility linked to a specific project (such as a report or debate), and a possible speaking slot or op-ed contribution, with independence and balance of opinion guaranteed by Friends of Europe.“ Programme/pillar partnership bietet „visibility and input into our annual work programme for a specific pillar or programme, again with independence and balance of opinion guaranteed by Friends of Europe“. Projektbezogene Partner haben das Recht, bei einer Veranstaltung zu referieren oder einen Beitrag für einen Bericht/eine Publikation zu schreiben.^[2]

Kurzdarstellung und Geschichte

Friends of Europe ist 1999 von **Geert Cami** (Generalsekretär) und **Giles Merritt** (ehem. Generalsekretär) gegründet worden.^[3] Laut Eigendarstellung im [Transparenzregister der EU](#) ist Friends of Europe eine Denkfabrik, die ein Forum für Gespräche zwischen politischen Entscheidungsträgern auf EU- und nationaler Ebene, NGOs, Wirtschaftsführern, den Medien und der Zivilgesellschaft anbietet. Es soll eine Brücke zwischen EU-Politikern und den EU-Bürgern über Berichte, Briefings und Gespräche geschlagen werden. Jährlich werden über 50 Veranstaltungen organisiert und über 100 Publikationen herausgegeben.

Friends of Europe gehört zu einer Gruppierung, die die **Europe's World Group** (mit dem Politikjournal Europe's World), die ehemalige **Security & Defence Agenda** und das **Forum Europe** umfasst.

Aktivitäten

Themen

Friends of Europe beschäftigt sich mit den folgenden Themen ^[4]: Climate, Energy & Natural Resources, Democracy, Digital & Data Governance, Global Europe, Peace, Security & Defence, Sustainable Livelihoods

Programme

An Programmen werden benannt^[5]: #Critical thinking, Africa-Europe Foundation, Balkan Journey, Connected Europe, Drive Impact, EU Africa High-Level Group, Making space matter, Policy insight, Renewed Social Contract, State of Europe, The European Climate Pact, The Ukraine Initiative, Women of Europe

Veranstaltungen

Für die [Events](#) gibt es meist Mitveranstalter und Partner. So waren z. B. Partner für die Veranstaltung „Climate and Energy Summit 2017: Climate cooperation stepping up a gear“ vom 17. Oktober 2017 die folgenden Unternehmen: ENI, EDF, ENGIE, European Investment Bank (EIB), VEOLIA und Covestro.^[6] Jeder der Partner durfte bei der Veranstaltung - neben Vertretern von EU- und nationalen Institutionen - einen Referenten stellen.

Referenten bei der Veranstaltung waren^[7]: Marcel Beukeboom, Sonderbeauftragter für Klimawandel beim niederländischen Umweltministerium, Edward Calthrop, Chefvolkswirt bei der Euroean Investment Bank (EIB), Anne Chassagnette, Leiterin der Abteilung Umwelt- und Sozialverantwortung beim Energieversorgungskonzern ENGIE, Luca Cosentino, Vizepräsident beim Energiekonzern ENI, Jill Duggan, Direktorin beim Cambridge Institute for Sustainability Leadership/GB, Patrick Graichen, Direktor bei Agora Energiewende, Kaja Kallas, Mitglied des EU-Parlamentsausschusses für Industrie, Forschung und Energie, Patrick Labat, Vizepräsident für Nordeuropa des Wasser-, Entsorgungs- und Energiekonzerns VEOLIA ,

Claude Nahon, Vizepräsidentin für nachhaltige Entwicklung beim Energiekonzerns EDF, Richard Northcote, zuständig für nachhaltige Entwicklung beim Polymerwerkstoff-Produzenten Coverstro, Yvon Slingenberg, Direktorin für Klimaverhandlungen bei der EU-Kommission, Hans Van Steen, Beirater der EU-Kommission, Rachel Solomon Williams, Direktorin bei der Denkfabrik Sandbag und Changhua Wu, Direktorin beim Office of Jeremy Rifkin.

Diskussionsplattform [Debating Europe](#)

Über diese Onlineplattform können Themen, die für Europa von Bedeutung sind, mit Entscheidungsträgern und Experten der EU-Institutionen diskutiert werden. Einige Diskussionen werden von Partnern gesponsert.^[8]

Gründungspartner sind^[9]:

- Friends of Europe
- [Europe's World](#)

Debating Europe erhält Mittel aus dem Programm „Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ (CERV) der Europäischen Kommission.^[10] Das CERV wurde 2021 ins Leben gerufen und läuft sieben Jahre lang bis 2027. Es wurde zusammen mit dem Programm „Justiz“ 2021-2027 im Rahmen des Fonds für Justiz, Rechte und Werte ins Leben gerufen.

Struktur, Leitungsgremien und Mitglieder

Der Think tank "Friends of Europe", ein Verein ohne Gewinnerzielungsabsicht (asbl), ist Teil der [Europe's World Group](#), zu der auch das Politikjournal [Europe's World](#) gehört. Dessen Chefredakteur ist der Friends of Europe-Vorsitzende [Giles Merritt](#). Die [Security & Defence Agenda](#), deren Gründer und Direktor ebenfalls Giles Merritt war, ist inzwischen in den Think tank integriert. [Giles Merritt](#) ist außerdem Chefberater und Gründer von [Forum Europe](#), wo von Unternehmen gesponserte Konferenzen zum Versammlungs- und Austauschort für Lobbyisten und Politiker werden.

Präsident

[Etienne Davignon](#)^[11]

- Präsident der Denkfabrik Jacques Delors
- Mitglied des Verwaltungsrats des [Centre for European Policy Studies](#) (CEPS) und der belgischen SN Holding
- Frühere Positionen: Vizepräsident der [EU-Kommission](#), EU-Industriekommissar, Präsident der International Energy Agency (IEA), Verwaltungsratsvorsitzender der belgischen Holding Société Générale de Belgique, Präsident/Direktor des belgischen Unternehmens Tractebel Gas Engineering Belgium SA, einer Tochtergesellschaft von [GDF Suez](#)
- Initiator und ehem. Mitglied des [European Roundtable of Industrialists](#) (ERT)

Direktorin

Direktorin ist Nathalie Furrer

Generalsekretär

Geert Cami, Mitgründer, ehem. Managing Director von [Forum Europe](#), wo von Unternehmen gesponserte Konferenzen zum Versammlungs- und Austauschort für Lobbyisten und Politiker werden^[12]

Kuratorium ("Board of Trustees")

Mitglieder des Kuratoriums sind eine Vielzahl ehemaliger ranghoher Mitarbeiter von EU-Institutionen, Premierminister, Minister und Abgeordnete, Diplomaten, Banker und Vertreter der NATO.^[13] Mitglieder sind u.a.

- Etienne Davignon, Präsident
- Giles Merrit, Journalist, Gründer und ehem. Generalsekretär
- Jean Claude Juncker, ehem. Präsident der EU Kommission

Mitglieder

Die Mitglieder im Jahr 2024 sind [hier](#) abrufbar. Es handelt sich im Wesentlichen um Unternehmen, Wirtschaftsverbände, Handelskammern, internationale und europäische Organisationen, Stiftungen sowie Botschaften und Vertretungen von Staaten bei der EU.

Mitgliedschaften

Friends of Europe ist Mitglied bei

- [The Brussels Binder](#)
- [The UN Global Compact](#)

Finanzen

Im Jahr 2024 lagen die Einnahmen bei ca. 3,2 Mio. Euro.^[14] Davon entfielen auf europäische und internationale Institutionen 21%, diplomatische Vertretungen 8 %, nationale, regionale und lokale Institutionen 8 %, Wirtschaft 38 %, Stiftungen und NGOs 24 %, Mitgliedsbeiträge 9 %.

Weiterführende Informationen

[Friends of Europe im EU Transparenzregister](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Types of revenue](#), friendsofeurope.org, abgerufen am 01.11.2017
2. ↑ [Revenue breaktdown](#), friendsofeurope.org, abgerufen am 01.11.2017
3. ↑ [Governance](#), friendsofeurope.org, abgerufen am 05.04.2025
4. ↑ [All areas of expertise](#), friendsofeurope.org, abgerufen am 07.04.2024
5. ↑ [All programmes](#), friendsofeurope.org, abgerufen am 07.04.2025
6. ↑ [Partners](#), friendsofeurope.org, abgerufen am 31.10.2017
7. ↑ [Speakers](#), friendsofeurope.org, abgerufen am 01.11.2017
8. ↑ [Frequently Asked Questions](#), debatingeurope.de, abgerufen am 31.10.2017
9. ↑ [Founding Partners](#), debatingeurope.de, abgerufen am 31.10.2017
10. ↑ [About](#), debatingeurope.eu, abgerufen am 07.04.2025
11. ↑ [Etienne Davignon](#). europajacquesdelors.eu, abgerufen am 05.04.2025
12. ↑ [Max Bank: TTIP-Konferenz: Lobbyisten kaufen sich Kontakt zur Politik](#), Lobbycontrol vom 10. Februar 2015
13. ↑ [Board of Trustees](#), friendsofeurope.org, abgerufen am 05.04.2025
14. ↑ [Financials](#), friendsofeurope.org, abgerufen am 06.04.2025

European Chemical Industry Council

Der **European Chemical Industry Council** (Cefic) ist der einflussreichste Verband der europäischen Chemieindustrie. Unter seinen 670 Mitgliedern finden sich große Konzerne wie [Bayer](#) und [BP](#) sowie nationale Wirtschaftsverbände wie der deutsche [Verband der Chemischen Industrie](#) (VCI). 2017 gab CEFIC laut EU-Transparenzregister 12,3 Mio. € für Lobbyarbeit in Brüssel aus.^[1] Damit ist er finanzstärkster Lobbyverband in Brüssel.^[2]

European Chemical Industry Council (Cefic)

**Rechtsform**

Tätigkeitsbereich Lobbytätigkeit für die europäische Chemieindustrie

Gründungsdatum 1972

Hauptsitz Avenue E. van Nieuwenhuyse, 4 box 1, B-1160 Brüssel

Lobbybüro

Lobbybüro
EU

Webadresse www.cefic.org

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	47
1.1 Ausgaben für Lobbyarbeit	47

2 Fallbeispiele	48
2.1 Antwerpen Deklaration vom Februar 2024 und Niederschlag in den Political Guidelines 2024-2029 der EC	48
2.2 Lobbyeinfluss auf Plastik-Strategie der EU Kommission	49
2.3 Better Regulation 2015	50
2.4 Lobbyarbeit gegen die Regulierung von endokrinen Disruptoren	51
2.5 Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP)	52
2.6 Einfluss auf die TTIP-Verhandlungen	53
2.7 EU-Chemikalienverordnung REACH	53
2.8 Lobbyarbeit für Glyphosat	54
3 Organisationsstruktur und Führungspersonal	54
3.1 Mitglieder	54
3.2 Führungspersonal	54
4 Verbindungen	55
4.1 Knowledge4Innovation	55
4.2 Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA)	55
4.3 Alliance for a Competitive European Industry	55
5 Geschichte	55
6 Zitate	55
7 Einzelnachweise	55

Lobbystrategien und Einfluss

CEFIC betreibt Lobbyarbeit auf europäischer Ebene gegenüber **EU-Kommission**, **EU-Parlament**; er ist in über 90 Arbeitszusammenhängen der EU-Kommission und anderen EU-Institutionen eingebunden, etwa in **Expertengruppen** (35) und anderen beratenden Gremien.^[3] Es liegt nahe, dass CEFIC auch versucht, Einfluss auf den Europäischen Rat und die Ständigen Vertretungen der Mitgliedsstaaten zu nehmen - darüber liegen aber leider aufgrund der mangelnden Transparenzregulierungen keine Daten vor. CEFIC vertritt nicht nur die unmittelbaren Interessen der Branche, sondern beschäftigt sich auch mit Fragen der Gesundheits-, Energie-, Wettbewerbs-, Klima- und Umweltpolitik sowie der Lebensmittelsicherheit, die die Chemiebranche indirekt auch betreffen.

CEFIC betreibt seine Lobbyarbeit in enger Abstimmung mit dem **American Chemistry Council**; viele seiner Mitglieder sind in beiden Organisationen, so etwa die deutschen Chemieriesen **Bayer** und **BASF**.^[4] Bayer und BASF wiederum haben nochmal ihre eigenen Dependancen vor Ort.

Außerdem ist CEFIC Mitglied des **International Council of Chemical Associations** (ICCA), des Weltverbands der Chemieindustrie. Er hat mit weiteren Chemieverbänden (**American Chemistry Council** (ACC), Japan's Chemical Industry Association) die **CEFIC Long-range Research Initiative** (LRI) gegründet, um die Auswirkungen von Chemikalien auf die Gesundheit und die Umwelt zu untersuchen und den zuständigen EU-Instanzen zur Verfügung zu stellen.^[5] KritikerInnen, wie etwa Corporate Europe Observatory, geben zu Bedenken, dass diese Institution versucht, der Arbeit von unabhängigen Behörden mit eigenen - auf die Bedürfnisse der Industrie zugeschnittenen - Testmethoden zuvorzukommen. Bruno Hubesch, der Leiter des LRI-Programmes, formulierte es einmal so: „LRI is not science for science - it's science for policy impact.“
[deutsch: Das LRI ist nicht Wissenschaft für die Wissenschaft - es ist Wissenschaft für politischen Einfluss.“^[6]

Ausgaben für Lobbyarbeit

Laut dem EU-Transparenzregister (Stand: August 2018) sind bei CEFIC mehr als 150 Personen beschäftigt.^[7]
. Davon sind 72 in Lobbyaktivitäten eingebunden, 7 davon haben eine Akkreditierung für das **EU-Parlament**.^[8]

CEFIC verfügte 2017 über ein Budget von 41 Mio. €, von dem er 12,3 Mio. € für Lobbyarbeit ausgab. Die Entwicklung der Ausgaben kann der Tabelle entnommen werden:

Zeitraum	Ausgaben
Januar - Dezember 2017	12.300.000 €
Januar - Dezember 2016	12.100.000 €
Januar - Dezember 2015	10.220.000 €
Januar - Dezember 2014	10.100.000 €
Oktober 2012 - September 2013	6.000.000 €
Oktober 2011 - September 2012	6.000.000 €
Oktober 2010 - September 2011	6.000.000 €
2009	4.000.000 €

Quelle: lobbyfacts.eu

CEFIC wurde 2009 aus dem freiwilligen Lobbyregister der EU geworfen, da der Verband anfangs unrealistisch niedrige Lobbyausgaben in Höhe von 50.000 € deklariert hatte, obwohl sein Gesamtbudget bei 37,9 Mio. Euro lag.^[9] Erst nachdem CEFIC diese Angabe auf 4 Mio. Euro korrigiert hatte, wurde er wieder in das Register aufgenommen.^[10]

Fallbeispiele

Antwerpen Deklaration vom Februar 2024 und Niederschlag in den Political Guidelines 2024-2029 der EC

Im Februar 2024 wurde ein „Industriegipfel“ auf dem Gelände der BASF in Antwerpen abgehalten, getragen vom ERT, vom Dachverband Europäischer Industrie- und Arbeitgeberverbände **Business Europe** und CEFIC. Zeitlich passend zur Neubestimmung der Kommissionsaktivitäten für 2024-2029 wurde der anwesenden

Kommissionspräsidentin von der Leyen und Belgiens Ministerpräsident, De Croo, ein Katalog von Forderungen an die EC vorgestellt. Kernthese dieser sog. „Antwerp Declaration“ (Declaration) war, daß der Green Deal nur realisiert werden könne, wenn ihm ein „Industrial Deal“ „zur Seite gestellt“ werde.^[27] Die Wettbewerbsfähigkeit Europas solle deshalb strategische Priorität haben, und ein First Vice President EU Kommissar solle für die Realisierung des „Industrial Deal“ installiert werden. Die inhaltlichen Forderungen beinhalteten u.a.^[28]

- Sämtliche EU Gesetzgebungen sollen auf ihre Wettbewerbsfähigkeit überprüft und harmonisiert, „overreporting“ abgeschafft werden.
- Etablierung eines Mechanismus, der jegliche neue EU Gesetzgebung auf Wettbewerbsfähigkeit überprüft und sie ggfs. begrenzt.
- Schaffung günstigerer Energiepreise; Förderung von Atomkraft, und von CO2 Speicherung
- Öffentliche Förderung und Öffentliche Garantien für private „Clean Tech“ Investments, marktnähere Förderung für Innovationen (i.e.: verstärkt an Unternehmen)
- Abbau von Barrieren des „Single Markets“, Vereinbarung von Freihandelsabkommen
- Dauerhaft geringere Steuersätze^[29]

Neu an der Deklaration ist, dass sie in großer Einigkeit von drei großen Arbeitgeber- und Industrielobbyverbänden getragen wurde, die sonst eher separat agieren.^[30] Zu den Unterzeichnern gehörten zahlreiche Verbandsorganisationen und deren Unternehmen wie zum Beispiel der VCI, Heidelberg Materials und die Bayer AG, TotalEnergies, nucleareurope, und die Association of Big Industrial Energy Consumers sowie die European Automobile Manufacturers' Association (ACEA)^[31].

Viele der Forderungen fanden ihren Niederschlag in den „Political Guidelines for the next European Commission 2024-2029“. ^[9] Im Kontext der Bestätigung von Frau von der Leyen und ihres Kollegiums durch das Europäische Parlament am 18.07.2024 stellen sie die Kernziele und Vorhaben für die Europäische Kommission für die Periode 2024-2029 dar. In den Guidelines findet sich der „New Spirit of Lawmaking“ - die Absicht, bereits in der Phase von Gesetzentwürfen deren Wirkung auf die Wettbewerbsfähigkeit von KMU und Industrie regelhaft zu berücksichtigen, also im Gesetzentstehungsprozess ggfs. weit vor Verhandlung im demokratisch gewählten Europäischen Parlament.^{[32][30]} In der Kommunikation zur Vorstellung der neuen Kommissar:innen hieß es, dass das gesamte Kollegium der Wettbewerbsfähigkeit verpflichtet sei. Auch eine „Executive Vice Presidency“ for a „Clean, Just *and Competitive* Transition“ wurde Realität, zuständig für Wettbewerbspolitik und Green Deal gleichermaßen.^[33]

Lobbyeinfluss auf Plastik-Strategie der EU Kommission

2017 stieß die Europäische Kommission die Plastik-Strategie an, mit dem Ziel, dass bis 2030 alle Plastikverpackungen in der EU wiederverwendbar oder recyclebar sein sollen. Nachdem die Europäische Kommission im Januar 2017 die Roadmap „Strategy on Plastics in a Circular Economy“ (zu deutsch: Strategie zu Plastik in einer Kreislaufwirtschaft“) veröffentlicht hatte, setzten sich die Interessengruppen der Plastikindustrie, darunter auch CEFIC, bis zur Veröffentlichung der finalen Strategie 12 Monate später intensiv für eine Gestaltung der Plastik-Vorgaben in ihrem Sinne ein. Im Zeitraum vom 1. Januar 2017 bis zum 1. Januar 2018, trafen sich Vertreter der beiden involvierten Generaldirektionen Umwelt und Wachstum 44 Mal mit Interessensgruppen zur Plastik-Strategie. 89% davon (39 Treffen) fanden mit Industrievertretern statt. CEFIC hatte als eine der finanzstärksten Lobbygruppen im Jahr 2017 alleine 5 Treffen mit der Kommission – nur zur Plastikstrategie.^[11] CEFIC arbeitet dabei auch eng mit PlasticsEurope zusammen, sie haben ihre Büros im gleichen Gebäude^[12]. PlasticsEurope traf sich insgesamt 13 Mal mit der Kommission. Die Kommission ging mit der Strategie proaktiv auf Lobbygruppen der Plastik-Industrie zu – mit dem Ziel,

freiwillige Selbstverpflichtungen der Konzerne einholen zu können, eines der Kernelemente der Strategie.^[13] ^[14] Sie konnte aber bisher keine ausreichenden Ergebnisse erzielen. Die Industrie blieb mit ihren Zugeständnissen häufig weit hinter den Vorstellungen der Kommission zurück ^[15]. In der freiwilligen Verpflichtung, die PlasticsEurope veröffentlichte, ist nur noch von 60% recyclebarem oder verwertbarem Plastik bis 2030 die Rede, die vollständige Umstellung siedelt PlasticsEurope dabei im Jahre 2040 an. Mit „Verwertung“ ist hier allerdings Energieverwertung, also Verbrennung, gemeint. KritikerInnen bewerten dieses Verfahren als Gefahr für Umwelt und Gesundheit. ^[16] Sie bedauern auch, dass in der freiwilligen Verpflichtung keinerlei verbindliche Handlungspläne und Zusagen zu finden sind. Das zweite Ziel der Kommission war es, dass bis 2025 10 Millionen Tonnen an recyceltem Plastik in neuen Produkten wiederverwendet werden. Auch dazu forderte sie die Industrie zu Vorschlägen auf, die bislang nur unzureichend Anwendung finden.

Im Mai 2018 verabschiedete die EU ein Verbot von Einweg-Plastik, was allerdings noch auf nationaler Ebene legislativ umgesetzt werden muss. Zuvor geleakte Dokumente zu dem Gesetzesvorhaben kommentierte **Business Europe**, eine Lobbyorganisation, die wie CEFIC sehr einflussreich ist, wie folgt: “We are concerned about some very far-reaching proposals ... Rather than a ban, it is better to focus on the current voluntary pledging campaign to make plastics more circular” [deutsche Übersetzung: Wir sind besorgt über einige sehr weitreichende Vorschläge. Besser als ein Verbot ist es, sich auf die aktuell laufende Kampagne zur freiwilligen Selbstverpflichtung zu konzentrieren, um Plastik wiederverwertbar zu machen].

Better Regulation 2015

Ebenso wie **BusinessEurope** unterstützt CEFIC die Better Regulation-Agenda.^[17] Derzeit tritt CEFIC für eine Erweiterung der – zu deutsch – besseren Rechtsetzung ein.

Was aber verbirgt sich hinter der „besseren Rechtssetzung“? Mit dem Ziel, bürokratischen Aufwand zu vermeiden, wurden zwei neue **ExpertInnengremien** geschaffen. In diesen werden neue Gesetze auf ihre „bürokratische Last“ geprüft. Schon die Grundannahme ist fragwürdig: Demnach werden staatliche Regulierungen – das umfasst beispielsweise auch Gesetzgebung zum Umwelt- und Verbraucherschutz – als „Last“ verstanden. Dabei werden oft sie im Interesse des Allgemeinwohls erlassen. In der Theorie können über diese sogenannte REFIT Plattform sowohl zivilgesellschaftliche als auch privatwirtschaftliche Akteure über die Umsetzbarkeit von Gesetzen urteilen. In der Praxis aber werden in den Folgenabschätzungen vor allem die quantitativen Kosten für Unternehmen beurteilt, denn die privatwirtschaftlichen Akteure können sich deutlich offensiver an der Beurteilung beteiligen. Erschwerend kommt hinzu, dass mit der neuen Agenda der besseren Rechtssetzung Lobbyverbände bereits im Vorfeld zu neuen Gesetzgebungsprozessen Vorschläge zur Minimierung kostenintensiver Regulationen einreichen können, die Parlament und Rat gleichermaßen berücksichtigen sollen. Lobbyisten werden also frühzeitig über neue Gesetzesvorhaben informiert und können so leichter Kampagnen in ihrem Sinne durchführen. Der neu eingerichtete Ausschuss für Regulierungskontrolle, RSB, hat sogar noch größere Eingriffsmöglichkeiten: Das Parlament muss im Zuge der Better Regulation zu jedem Gesetzesentwurf eine Folgenabschätzung durchführen und vom RSB genehmigen lassen, einem Gremium, das keiner demokratischen Kontrolle unterliegt. Diese besondere Rücksichtnahme auf etwaige Kosten für Privatunternehmen erhält, so KritikerInnen, damit einen unverhältnismäßig hohen Stellenwert und gibt Lobbyisten die Möglichkeit, unliebsame Kosten - zum Beispiel für Umweltschutzmaßnahmen - zu vermeiden. Denn: Verbraucher-, Arbeits- und Umweltschutz sind nicht explizit als Kostenfaktoren ausgenommen. ^[18] Während die EU-Kommission diese Agenda als Maßnahme darstellt, um Gesetzgebung offener und transparenter zu gestalten, ^[19] kommen die neuen Regelungen vor allem etablierten Wirtschaftslobbyisten wie beispielsweise auch CEFIC zu Gute.

Lobbyarbeit gegen die Regulierung von endokrinen Disruptoren

Hormonaktive Substanzen (oder endokrine Disruptoren) stecken in tausenden Alltagsprodukten – von Plastik bis zu Kosmetika. Sie haben die Eigenschaft, das hormonelle System von Organismen zu beeinflussen, weshalb sie höchstwahrscheinlich ernstzunehmende Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit haben. Die EU-Gesetzgebung hat auf diese Stoffe reagiert.

Mit der Überarbeitung des europäischen Pestizid- und Biozidrechts von 2009-2012 wurde gesetzlich verankert, dass Wirkstoffe mit endokrin wirksamen Eigenschaften, die schädliche Auswirkungen auf den Menschen bzw. schwerwiegende Auswirkungen auf die Umwelt haben können, von der zukünftigen Verwendung auszuschließen bzw. nur noch bei spezifischen Ausnahmefällen einzusetzen sind. Allerdings fehlte bis dato ein von allen Seiten anerkanntes Verfahren zur Bestimmung von endokrin wirksamen Substanzen. ^[20]

Die konkrete Regulierung dazu musste noch durch die Kommission ausformuliert werden. Die Kommission war zwar bis zum 14. Dezember 2013 dazu verpflichtet, diese zu erlassen – aber massive Lobbykampagnen zogen diesen Prozess in die Länge. Außerordentlich viel Einsatz gegen diese Regulierungen zeigten vor allem die Lobbyverbände CEFIC und ECPA sowie die Unternehmen Bayer und BASF. 2015 urteilte der Europäische Gerichtshof, dass die Kommission zu lange untätig war und dadurch EU-Gesetz missachtet hatte. Daraufhin kündigte die Kommission endlich an, die Kriterien, nach denen endokrine Substanzen festzulegen sind, zu veröffentlichen.

Am 4. Juli 2017 einigten sich die EU-Mitgliedsstaaten dann auf eine Liste an Kriterien, die auf einem Vorschlag der Generaldirektion für Gesundheit und Ernährungssicherheit (DG SANTE) basierte. Drei Forschungsgesellschaften zur Endokrinologie hatten den Vorschlag zuvor scharf kritisiert und bemängelt, dass er die öffentliche Gesundheit nicht wirksam schützen könne. KritikerInnen schätzten die neuen Kriterien zur Bestimmung von endokrinen Substanzen als zu weich ein und beanstandeten, dass Substanzen, die eigens endokrin entwickelt worden sind – wie zum Beispiel einige Pestizide – nicht darunter fallen. Warum hat der Prozess aber so lange gedauert und wie konnte es zu diesem umstrittenen Vorschlag kommen?

Eigentlich hatte zu Beginn die Generaldirektion Umwelt den Auftrag, Vorschläge zu erarbeiten. Sie hatte bereits anerkannte ExpertInnen des Gebiets zu Rate gezogen, unter anderem Professor Andreas Kortenkamp ^[21]. Bevor dieser Vorschlag allerdings veröffentlicht werden konnte, erreichten LobbyistInnen, dass er (vor Veröffentlichung!) einer Folgenabschätzung unterzogen werden musste – was den Prozess sehr in die Länge zog. Daraufhin schaltete sich die Generaldirektion Gesundheit und Ernährungssicherheit ein und fragte ein Gutachten der European Food Safety Authority, kurz EFSA, an. 8 der 18 Mitglieder der Arbeitsgruppe der EFSA hatten, wie sich später herausstellte, einen Interessenskonflikt, einer hatte Verbindungen zu CEFIC. ^[22] Zeitgleich veröffentlichte die WHO einen Bericht, indem sie eindringlich vor endokrinen Disruptoren warnte. Die Juncker-Kommission übertrug die Entwicklung der Kriterien offiziell auf die Generaldirektion Gesundheit und Ernährungssicherheit. Später kamen E-Mails ans Licht, aus denen hervorging, dass auch die Ergebnisse der Arbeitsgruppe schon von vornherein festgestanden hatten. Die Industrielobby startete eine Kampagne, indem sie eine wissenschaftliche Kontroverse konstruierte. WissenschaftlerInnen, die Verbindungen in die Industrielobby hatten, stellten die Erkenntnisse unabhängiger WissenschaftlerInnen in Frage. ^[23] Eine Gruppe der vernetzten ForscherInnen traf sich sogar mit einem EU-

Kommissar – wie sich später herausstellte, wurde der Besuch von dem European Risk Forum, einer Denkfabrik, die von der Tabaklobby initiiert wurde und unter anderem auch von CEFIC mitfinanziert wird, bezahlt. Unter den WissenschaftlerInnen, die als Gegenöffentlichkeit zu den unabhängigen WissenschaftlerInnen in Sachen endokrine Disruptoren auftraten, befanden sich drei, die bereits zu Glyphosat ein von Monsanto bezahltes, positives Gutachten erstellt hatten: Helmut Greim, Colin Berry und Alan Boobis. ^[24]

Während der TTIP-Verhandlungen erhöhte sich der Druck gegen die Regulierung endokriner Disruptoren erneut. Die [AmCham EU](#) forderte explizit von der Kommission, keine Kriterien zur Regulierung zu beschließen. ^[25] Bei den Gesprächen stilisierte die Industrielobby die Regulierungen zu den endokrinen Diskruptionen sogar zu „potenziellen Handelshemnissen“ – was besonders vor dem Hintergrund von Investitions-Schiedsgerichten, wie sie in TTIP angedacht waren, folgenreich ist.

Der Vorschlag, den die Kommission 2016 präsentierte, wurde von unabhängiger, wissenschaftlicher Seite scharf kritisiert. ^[26] Einen Monat nach Veröffentlichung des Vorschlags erhielt der damalige Kommissar für Gesundheit Andriukaitis einen Besuch von den Botschaftern der Vereinigten Staaten, Kanadas, Brasiliens, Urugays und Argentinien – spezifisch zum Thema endokrine Disruptoren. Kurze Zeit später, im Dezember 2016 strebte die Kommission eine Veränderung der Ausnahmeregelung in der Pestizidverordnung an. Die Kriterien für die Ausnahmeregelungen wurden weiter gesteckt. Dies führte zu heftigen Diskussionen und auch zu Konflikten zwischen Parlament und Kommission. Denn die Veränderungen der Ausnahmeregelungen gingen so weit, dass das Parlament der Kommission vorwarf, das Gesetz im Wesensgehalt verändern zu wollen, statt es nur durchzusetzen. Das darf die Kommission als Exekutivorgan allerdings nicht. Daraufhin entfernte die Kommission dieses Schlupfloch aus ihrem Vorschlag – führte aber ein anderes ein, nämlich die Ausnahmeregelung für extra endokrin designte Substanzen – wie zum Beispiel Pestizide, die Ungeziefer durch hormonelle Veränderungen bekämpfen. Umweltschutz Organisationen wie CIEL oder ClientEarth kritisierten diese Regelung heftig.

Das europäische Parlament blockierte den Vorschlag der Europäischen Kommission zu den Kriterien für endokrine Disruptoren am 04.10.2017 mit 389 zu 235 Stimmen, mit 70 Enthaltungen ^[27]. Die Kommission ist nun dazu aufgefordert, zeitnah einen neuen Vorschlag vorzulegen.

Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP)

CEFIC konnte die Verhandlungen über das [Freihandelsabkommen TTIP](#) nachhaltig beeinflussen und stimmte sich dazu eng mit seinem US-amerikanischen Gegenstück, dem [American Chemistry Council \(ACC\)](#) ab. Das langfristige Ziel ist eine Angleichung von Regulierungen und Standards in den USA und Europa. ^{[28][29]} Eine Senkung der in der EU durch die Chemie-Richtlinie REACH eingeführten Standards scheint möglich, sollte nach Inkrafttreten des TTIP-Vertrags die [regulatorische Kooperation](#) nach den Vorstellungen von CEFIC eingeführt werden. Diese Sichtweise wird gestützt durch ein durchgesickertes Dokument (engl. Leak) der TTIP-Verhandlungsrunde vom Dezember 2013, das von ClientEarth und CIEL ausgewertet wurde. Danach würden die Vorschläge des European Chemical Industry Council und des [American Chemistry Council](#) den Schutz der Verbraucher und der Umwelt vor giftigen Chemikalien verschlechtern. Der Fortschritt bei der Regulierung von solchen Chemikalien käme zum Stillstand, wirtschaftlichen Interessen würde Vorrang vor gesundheitlichen und Umweltaspekten eingeräumt. Die Regulierung würde weniger transparent und weniger demokratisch ausgestaltet. So soll die Koordinierung und Harmonisierung von Regulierungen einem parlamentsfernen "Cooperation Committee" übertragen werden, das aus Vertretern von EU- und US-Regulierungsbehörden für die Chemische Industrie bestehen soll. ^[30]

Einfluss auf die TTIP-Verhandlungen

Gleich zu Beginn der Verhandlungen ermöglichte die EU-Kommission dem CEFIC, eigene Vorschläge einzureichen und räumte ihm einen besonderen Zugang zu den Verhandlungen ein, konkret in Form eines engen Kontakts zur Generaldirektion Handel (im Folgenden GD Handel abgekürzt).^[31] Während der ersten zwei Jahre der TTIP-Verhandlungen hatte der CEFIC 16 zum Teil intensive Lobby-Kontakte mit Vertretern der EU-Kommission; der ACC bekam auf weitere drei Treffen.^[32] Dabei halfen Vertreter der GD Handel sogar, die richtigen Ansprechpartner in der EU-Diplomatie für einzelne Lobby-Ziele zu finden (etwa in der *High Level Working Group on Jobs and Growth*).^[33] Auch in einer zweiten Phase 2013/4 stimmten sich Verantwortliche der GD Handel eng mit dem CEFIC ab, um die Texte für die Verhandlungsrunden auszuwählen.^[34]

Im November 2014 begann die Amtszeit der neuen, von **Jean-Claude Juncker** geführten EU-Kommission. Es gab weiterhin regelmäßige Treffen mit CEFIC. Von fünf dieser Treffen gibt es nicht einmal Protokolle, so dass die Gesprächsinhalte verborgen bleiben.^[35] In dieser Phase verfolgte der CEFIC das Ziel, die REACH-Verordnung weiter abzuschwächen^[36] und die regulatorische Kooperation einzuführen.^[37] Geschäftsführer Mandery stellte im Mai 2015 öffentlich fest, dass die Vorschläge von CEFIC weitgehend übernommen worden sind.^[38] Diese Einschätzung wird intern von Vertretern der EU-Kommission geteilt.^[39]

EU-Chemikalienverordnung REACH

Von 1999 bis Juni 2007 wurde über die Richtlinie REACH (Registration, Evaluation, Authorisation and Restriction of Chemicals) verhandelt und beraten. Die Verhandlungen über die Schaffung von gesamteuropäischen Regeln in Bezug auf Chemikalien waren die "möglicherweise größte Lobby-Schlacht der EU-Geschichte".^[40] Die ursprünglich ambitionierten Ziele der EU-Kommission wurden aufgrund der Lobbyarbeit der europäischen Chemieindustrie stark eingeschränkt und die Pflicht zum Ersatz gefährlicher Stoffe aufgehoben.^[41] Ein Hebel in der Argumentation seitens der chemischen Industrie war die sogenannte Folgenabschätzung, die oft auf Vorhersagen beruht - und eben nicht auf einer breiten Datenbasis. Hierbei werden Gesetzesinitiativen, bevor sie in den gewählten Parlamenten besprochen werden, nach den Auswirkungen auf den Handel beurteilt. Wer den möglichen Nutzen eines Gesetzes für den Schutz der Umwelt und der Gesundheit relativieren will, kann die finanziellen Belastungen übertrieben darstellen. Diese Strategie wurde im Fall der EU-Chemikalienverordnung angewendet. Ursprünglich zielte REACH darauf ab, die rund 100.000 in Europa hergestellten und verwendeten Chemikalien auf ihre Gesundheits- und Umweltverträglichkeit hin zu testen und gefährliche Substanzen durch weniger gefährliche zu ersetzen. Die Gesetzesinitiative stieß bei der europäischen Chemieindustrie auf vehementen Widerstand. Als wirksamste Waffe im Kampf gegen die geplante Regulierung erwiesen sich mehrere Szenarien, die eine „Deindustrialisierung Europas“ an die Wand malten. Dazu wurde unter anderem in großflächigen Zeitungsanzeigen die Angst vor Arbeitsplatzverlusten geschürt.^[42] Die verantwortlichen EU-Politiker ließen sich von der Vorhersage millionenfacher Arbeitsplatzverluste so sehr verunsichern, dass sie den Geltungsbereich der Chemikalienverordnung stark einschränkten und die Pflicht zur Substitution gefährlicher Stoffe aufhoben.^{[43][44][45]}

CEFIC spielte in dieser jahrelangen Lobbykampagne eine zentrale Rolle. Es lassen sich mehrere Phasen ihrer Tätigkeit unterscheiden: zunächst versuchte der Verband, die chemische Industrie als Partner bei Problemlösungen erscheinen zu lassen; dann wurde der Ton in der Auseinandersetzung verschärft und der Verband trat als strikter Gegner von REACH auf. In dieser Zeit wurden einige Studien lanciert, die der oben skizzierten Strategie entsprachen.^[46]

Lobbyarbeit für Glyphosat

Überraschenderweise vertritt CEFIC sein Mitglied [Bayer](#) nicht direkt im Falle Glyphosat. Bayer ist Mitglied in mehreren Lobbyverbänden, auch in CEFIC. Für die Problematik rund um die umstrittene Chemikalie wurde eigens eine Glyphosat-Task Force ins Leben gerufen – unter Leitung der Anwaltskanzlei [Hume Brophy](#). Diese Gruppe organisiert Kampagnen für die Neuzulassung von Glyphosat in Herbiziden, obwohl die Agentur für Krebsforschung der Weltgesundheitsorganisation diese Substanz als möglicherweise krebserregend für Menschen eingestuft hat. ^[47] Monsanto's house eigene Lobbyisten wurden als erste Lobbyisten für den Zugang zum EU-Parlament gesperrt. ^[48]

Organisationsstruktur und Führungspersonal

Mitglieder

Der Verband hat 492 Mitglieder (Stand August 2018) und 113 Partner. Diese werden in die folgenden Gruppen unterteilt:

- Corporate Members (ACOM) sind Unternehmen mit einem Produktionsstandort in Europa und einem weltweiten Chemieumsatz von über 1 Mrd. Euro. Zu den Corporate Members gehören 71 Unternehmen, u. a. die deutschen Unternehmen [BASF](#), [Bayer](#), [Lanxess](#) und [Merck](#).
- Federation Members (AFEM) sind europäische Verbände der Chemieindustrie (19). Zu ihnen gehört u. a. der [Verband der Chemischen Industrie](#) (VCI)
- Business Members (ABM) sind Unternehmen mit einem Produktionsstandort in Europa, die nicht nur chemische Erzeugnisse herstellen, mit einem weltweiten Chemieumsatz von unter 1 Mrd. Euro. Zu den Business Members gehört insgesamt 402 Unternehmen u. a. Stockmeier Chemie
- Associated Companies sind außereuropäische Chemieunternehmen (39). Zu ihnen gehören z. B. Halliburton
- Partner Associations sind europäische Verbände (21), die nur einen Sektor der chemischen Industrie vertreten. Zu ihnen zählt z. B. die [European Crop Protection Association](#) (ECPA)
- Partner Companies sind europäische Unternehmen, die eng mit der europäischen chemischen Industrie zusammenarbeiten (53). Zu ihnen gehört z. B. [Südzucker](#) ^[49]

Führungspersonal

Die Mitglieder des **Cefic Board and Executive Committee** sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehört unter anderem Saori Dubourg - Vorstandsmitglied von [BASF](#). Ihr Präsident ist Daniele Ferrari, gleichzeitig geschäftsführendes Vorstandsmitglied von Versalis, Vorstandsmitglied von Matrica, Präsident von PlasticsEurope und Vizepräsident von Federchimica.

Generaldirektor

- [Marco Mensink](#) (ab Mai 2016, Nachfolger von [Hubert Mandery](#))

Dauerhaft mit **EU-Beziehungen** beauftragte Person:

- [Vincent Navez](#), Executive Director Legal Affairs

(Stand: August 2018)

Verbindungen

Knowledge4Innovation

CEIFIC ist Mitglied von [Knowledge4Innovation](#), einer branchenübergreifenden europäischen Lobbyorganisation.

Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA)

CEIFIC gehörte zu den Mitgliedern der EFSA STAKEHOLDER CONSULTATIVE PLATFORM 2009 - 2012^[50], einer Konsultationsplattform für Interessengruppen der EFSA, und der EFSA Stakeholder Consultative Platform Discussion Group on Process Transparency and Information Access.^[51]

Alliance for a Competitive European Industry

CEIFIC gehört zu den führenden europäischen Wirtschaftsverbänden, die sich mit [BusinessEurope](#) zur [Alliance for a Competitive European Industry](#) zusammengeschlossen haben.

Geschichte

Die Abkürzung CEIFIC ist auf die ursprünglich französische Bezeichnung *Conseil Européen des Fédérations de l'Industrie Chimique* zurückzuführen.

Zitate

"Unsere Vorschläge, die von der EU-Kommission übernommen worden sind, können die regulatorische Kooperation deutlich beschleunigen, hohe Standards beibehalten und dabei effiziente Regeln erreichen. (im Original: Our proposals which have largely been taken over by the European Commission can boost regulatory cooperation, maintaining high standards while achieving regulatory efficiencies.)"^[52]

Der ehemalige CEIFIC-Geschäftsführer Hubert Mandery im Mai 2015 über den Einfluss seines Verbandes auf die TTIP-Verhandlungen.

Einzelnachweise

1. ↑ [Profil CEIFIC](#), lobbyfacts.eu, zuletzt aufgerufen am 06.08.2018
2. ↑ [tagesaktuelle Auswertung](#), lobbyfacts.eu, aufgerufen am 30.11.2018
3. ↑ [Profil European Chemical Industry Council](#), EU-Transparenzregister, zuletzt aufgerufen am 10.08.2018
4. ↑ [Member Companies](#), Webseite des American Chemistry Councils, aufgerufen am 10.08.2018
5. ↑ [LRI The Long-range Research Initiative](#), Webseite cefic-Iri, abgerufen am 22.11.2018
6. ↑ [<http://cefic-iri.org/wp-content/uploads/2014/03/CW54-LRI-copy.pdf> Chemical Watch 2013, cefic-Iri.org, abgerufen am 22.11.18
7. ↑ [EU-Transparenzregister](#) ec.europa.eu/transparencyregister, abgerufen am 04.12.18
8. ↑ [\[1\]](#) lobbyfacts.eu, abgerufen am 21.11.18

9. ↑ [Chemieverband fliegt aus dem Lobby-Register](#). Die Presse, 21. Juli 2009, zuletzt aufgerufen am 04.12.2018
10. ↑ [Chemieverband CEFIC wieder im EU-Lobbyregister](#) , Webseite von LobbyControl, 6. Oktober 2009, zuletzt aufgerufen am 05.12.2018
11. ↑ [Plastic Promises](#) Coporate Europe Observatory, 22.05.18, abgerufen am 22.11.18
12. ↑ [The Industry Sectors](#) cefic.org, abgerufen am 22.11.18
13. ↑ [\[2\]](#) asktheeu.org, abgerufen am 22.11.18
14. ↑ [\[3\]](#) European Commission am 16.01.2018, abgerufen am 22.11.18
15. ↑ [Voluntary Commitment](#) Plastics Europe, abgerufen am, 30.11.18
16. ↑ [Plastic Promises](#) Coporate Europe Observatory, 22.05.18, abgerufen am 22.11.18
17. ↑ [\[4\]](#), cefic.org, abgerufen am 21.11.18
18. ↑ [TTIP-Plus-Agenda zur besseren Rechtssetzung](#), LobbyControl vom 29.10.2015, abgerufen am 02.10.2018
19. ↑ [Better Regulation: Why and How](#), Europäische Kommission, abgerufen am 02.10.2018
20. ↑ [Hintergrundinformation EDCs](#), PAN Germany Januar 2016, abgerufen am 23.11.18
21. ↑ [State of art assessment of endocrine disrupters](#) European Commission, Januar 2012, abgerufen am 23.11.18
22. ↑ [Conflict of interests at EFSA – season 10](#) stephanehorel.fr, abgerufen am 23.11.18
23. ↑ [Studie: A Toxic Affair – How the chemical lobby blocked action on hormone disrupting chemicals](#) Corporate Europe Observatory, abgerufen am 23.11.18
24. ↑ [\[5\]](#) corporateeurope.org am 27.09.17, abgerufen am 23.11.18
25. ↑ [EFSA & BfR gefährden unsere Gesundheit zugunsten der Industrie!](#) lobbycontrol.de am 1.Juni 2015, abgerufen am 23.11.18
26. ↑ [Proporsal](#) European Commission, abgerufen am 23.11.18
27. ↑ [Identifying endocrine disruptors - meps block plans exempting some pesticides](#) European Parliament am 04.10.2017, abgerufen am 23.11.18
28. ↑ Offiziell an [CEO](#) freigegebene Dokumente der EU-Kommission, GestDem 2015/0763, veröffentlicht auf [asktheeu.com](#): hier Protokoll eines Treffen zwischen Maria Asenius (DG Handel) und der CEFIC Geschäftsführung am 4. Dezember 2014
29. ↑ siehe in dem Zusammenhang auch: Bode, Thilo: TTIP. Die Freihandelslüge. München 2015, S. 143 -153.
30. ↑ [, ACC-CEFIC joint proposal enhancing US-EU chemical regulatory cooperation under TTIP](#) ciel.org, Webseite abgerufen am 04.12.2018
31. ↑ Offiziell an [CEO](#) freigegebene Dokumente der EU-Kommission, GestDem 2012/2132: hier insbesondere Brief an Giorgio Squinzi (Präsident CEFIC) vom 25. Juli 2012, gesendet von Tajani and De Gucht.
32. ↑ [Datensätze als Grundlage einer Auswertung](#), (XLS), Corporate Europe Observatory, zuletzt aufgerufen am 05.12.2018
33. ↑ Offiziell an [CEO](#) freigegebene Dokumente der EU-Kommission, GestDem 2012/2132: hier Email-Verkehr zwischen Mitarbeitern der GD Handel
34. ↑ Offiziell an [CEO](#) freigegebene Dokumente der EU-Kommission, GestDem 2014-1259, hier: Batch2 Doc 27, Betreff: Report: Meeting with CEFIC – discussion of draft CEFIC/ACC proposals for TTIP. Importance: High, 11 December 2013
35. ↑ Offiziell an [CEO](#) freigegebene Dokumente der EU-Kommission, GestDem 2016/0792, veröffentlicht auf [asktheeu.com](#), hier: Korrespondenz/Treffen mit Cefic oder ACC zu TTIP seit Sept 2014, insbesondere Liste von Treffen

36. ↑ Offiziell an [CEO](#) freigegebene Dokumente der EU-Kommission, GestDem 2015/0763, veröffentlicht auf [asktheeu.com](#): Treffen von "Head of Trade Cabinet" Maria Asenius mit dem Cefic Executive Committee - 4. Dezember 2014, 12.15-13.00
37. ↑ Offiziell an [CEO](#) freigegebene Dokumente der EU-Kommission, GestDem 2016/0792, veröffentlicht auf [asktheeu.com](#): GROW Korrespondenz/Treffen CEFIC oder ACC über TTIP seit Sept 2014, insbesondere Doc 13 "Meeting Director GROW/D with CEFIC, Briefing, from EC GROW to GROW/D, 09 /09/2015"
38. ↑ [Rede von Hubert Mandery vom 12 Mai 2015](#), Cefic Webseite, archiviert am 29.12.2015, zuletzt aufgerufen am 6.9.2015
39. ↑ Offiziell an [CEO](#) freigegebene Dokumente der EU-Kommission, GestDem 2016/0792, veröffentlicht auf [asktheeu.com](#): GROW Korrespondenz/Treffen CEFIC oder ACC über TTIP seit Sept 2014, insbesondere Doc 13. Meeting Director GROW/D with CEFIC, Briefing, from EC GROW to GROW/D, 09 /09/2015
40. ↑ [LobbyPlanet: Das EU-Viertel Brüssel](#). LobbyControl und Corporate Europe Observatory (Hg.). Köln und Brüssel 2012, Seite 28
41. ↑ Siehe auch: Riss, Jorgo: Chemical Warfare - the lobbying battle on REACH. In: [Bursting the Brussels Bubble](#). The battle to expose corporate lobbying at the heart of the EU. Alter-EU (Hg). Brüssel 2010. Seiten 33 - 47
42. ↑ [Chemielobby macht Druck auf Bundesregierung](#), lobbycontrol.de am 30.11.2006, abgerufen am 21.11.18
43. ↑ [Lobbyismus in der EU Immer erst die Industrie fragen, Bericht von Lobbycontrol vom über die Studie eines Forscherteams der britischen Universität Bath](#), Webseite Lobbycontrol, 23. März 2010, zuletzt abgerufen am 31. August 2016
44. ↑ [Research Article: "Working the System"—British American Tobacco's Influence on the European Union Treaty and Its Implications for Policy: An Analysis of Internal Tobacco Industry Documents](#), Webseite "journals.plos.org", hier besonders "Box 2", 12. Januar 2012, zuletzt aufgerufen am 05.12.18
45. ↑ [Studie TOXIC LOBBY - How the chemicals industry is trying to kill REACH](#) (pdf), Greenpeace International, Mai 2006, zuletzt aufgerufen am 05.12.2018
46. ↑ [Bulldozing REACH - the industry offensive to crush EU chemicals regulation](#) Corporate Europe Observatory, März 2005, archiviert am 8.1.2009, zuletzt aufgerufen am 05.12.2018
47. ↑ [A match made in hell](#) Corporate Europe Observatory am 27.04.17, abgerufen am 23.11.18
48. ↑ [Monsanto banned from European Parliament](#) the Guardian am 28.09.17, abgerufen am 23.11.18
49. ↑ [Cefic Members](#), Webseite Cefic, abgerufen am 05.12.2018
50. ↑ [http:// EFSA STAKEHOLDER CONSULTATIVE PLATFORM](http://EFSA-STAKEHOLDER-CONSULTATIVE-PLATFORM)
51. ↑ [Members of EFSA Stakeholder Consultative Platform Discussion Group on Process Transparency and Information Access](#)
52. ↑ [Rede von Hubert Mandery vom 12 Mai 2015](#), Cefic-Internetseite, zuletzt aufgerufen am 4.12.2018

Monsanto

Monsanto war der weltweit größte Agrarkonzern und führende Hersteller von genmanipuliertem Saatgut. Daneben produzierte das Unternehmen vor allem Herbizide. Monsanto hatte beste Verbindungen zur US-amerikanischen Regierung einschließlich der Geheimdienste und betrieb mit zweifelhaften Methoden eine aggressive Lobbypolitik.

Monsanto	
Branche	Agrarindustrie
Hauptsitz	St. Louis, USA
Lobbybüro Deutschland	

Im Juni 2018 ist Monsanto von [Bayer](#) übernommen worden. Mit der Übernahme wird [Bayer](#) zum weltgrößten Anbieter von Pflanzenschutzmitteln und Saatgut.^[1] [Bayer](#) wird den Namen Monsanto streichen. In einer Presseerklärung von Bayer vom 7.06.2018 wird die Integration von Monsanto in den Bayer-Konzern wie folgt beschrieben: „Monsanto wird solange von

Bayer unabhängig tätig sein bis Bayer den Verkauf seiner an BASF abzugebenden Geschäfte abgeschlossen hat. In dieser Zeit wird sich nichts ändern, einschließlich des Firmennamens. Auch wird Bayer die Integration von Monsanto erst dann fortsetzen, wenn die Veräußerungen an BASF abgeschlossen sind. Mit Beginn der Integration wird das Unternehmen Bayer heißen. Monsanto-Saatgut und andere Produktmarken (wie DEKALB, Asgrow, etc.) behalten ihre Markennamen und werden Teil des Portfolios von Bayer. Während der Unternehmensname mit Beginn der Integration Bayer sein wird, bleibt die rechtliche Struktur von Monsanto bestehen, bis auch dieser rechtliche Prozess abgeschlossen ist; dies wird mehrere Jahre dauern.“ ^[2]

	Monsanto
Lobbybüro EU	270 Av de Tervuren, Brüssel
Webadresse	monsanto.com monsanto.de

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. **Dankeschön!**



Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	59
1.1 Deutschland	59
1.2 Europäische Union (EU)	59
1.3 USA	59
1.4 International	59
2 Fallbeispiele und Kritik	60
2.1 Kontroverse um das Pflanzenschutzmittel Glyphosat	60
2.1.1 Debatte über Verbot von Glyphosat	60
2.1.2 Recherchen von LobbyControl zu Glyphosat-Studien	61
2.2 2016: Tribunal gegen Monsanto	64
2.3 2015: Enthüllung einer PR-Kampagne von Monsanto mit kooperationswilligen Wissenschaftlern in den USA	64
2.4 2013: Freihandelsabkommen und Gentech-Markt	64
2.5 2012/13: Kampagne gegen eine Gentechnik-Kennzeichnung in den USA	64
2.6 2012: Einflussnahme auf wissenschaftliche Studien	65
2.7 2009: Verleihung des "Angry Mermaid Award" (Preis der wütenden Meerjungfrau)	65
3 Struktur, Geschäftsfelder und Finanzen	65
4 Weiterführende Informationen	65
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	66
6 Einzelnachweise	66

Lobbystrategien und Einfluss

Deutschland

[Peter Bleser](#), Bundestagsabgeordneter und agrarpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, 2011 - 2018 Staatssekretär im [Bundeslandwirtschaftsministerium](#), hat laut Greenpeace 2006 eine Patenschaft für Gen-Mais-Felder von Monsanto übernommen.^[3]

Die MONSANTO Deutschland GmbH ist Fördermitglied des Vereins [Gesellschaft für konservierende Bodenbearbeitung](#) (GKB), welcher laut Satzung gemeinnützige Zwecke im Bereich des Natur- und Umweltschutzes verfolgt. Im Vordergrund ständen dabei die ökologischen Vorteile der konservierenden Bodenbearbeitung ohne Pflug^[4], ^[5]

Monsanto und weitere Glyphosat-Hersteller sind Mitglieder des [Forum Moderne Landwirtschaft](#), dem auch der [Deutsche Bauernverband](#) angehört, dessen Präsident [Joachim Rukwied](#) Vorstandsvorsitzender des Forums ist.^{[6][7]} Als Interessenvertreter des Forums setzt er sich für die weitere Verwendung von Glyphosat ein. So erklärte er in einem Interview mit dem Deutschlandfunk, man sei nicht gut beraten, wenn man basierend auf unwissenschaftlichen Angstkampagnen etwa Entscheidungen gegen Glyphosat treffe.^[8]

Europäische Union (EU)

Monsanto ist Mitglied der Verbände [European Seed Association](#) und [EuropaBio](#) sowie Mitglied des [International Life Sciences Institute](#) (ILSI). Weiterhin ist es in der [Glyphosat Task Force](#) (GFT) aktiv, in der 22 europäische Pflanzenschutzmittel-Unternehmen zusammenarbeiten, die einen gemeinsamen Antrag auf Wiedezulassung von Glyphosat in der EU gestellt haben.^[9]

Das Europäische Parlament hat Lobbyisten von Monsanto die Zugangsausweise entzogen, weil diese sich geweigert hatten, an einer Anhörung zu den „Monsanto-Papieren“ am 11. Oktober 2017 im Parlament teilzunehmen.^[10]

USA

Monsanto hat gute Kontakte zu US-Geheimdiensten, dem US-Militär, der US-Regierung und privaten Sicherheitsdiensten wie der Firma Blackwater, die im Auftrag der US-Regierung Söldner in den Irak und nach Afghanistan geschickt hat. Ehemalige Monsanto-Mitarbeiter gelangten in den USA in hohe Regierungsbehörden und Ministerien, in Industrieverbände und an Universitäten. Nach Angaben der Anti-Lobby-Organisation Open Secrets Org haben 2012 19 Monsanto-Lobbyisten teilweise hochrangige Posten in der US-Administration und sogar in Kontrollbehörden eingenommen. Nach den Enthüllungen von Wiki-Leaks hat der damalige US-Botschafter in Paris 2007 der US-Regierung vorgeschlagen, eine Strafliste für die EU-Staaten aufzustellen, die den Anbau von Gentech-Pflanzen amerikanischer Unternehmen verbieten wollen.^{[11][12]}

International

Monsanto ist Kooperationspartner des weltweit aktiven [Health and Environmental Sciences Institute](#) (HESI), einer Tochtergesellschaft des [International Life Sciences Institute](#) (ILSI).^[13]

Fallbeispiele und Kritik

Kontroverse um das Pflanzenschutzmittel Glyphosat

Debatte über Verbot von Glyphosat

In der EU gibt es eine Debatte, ob und wie der Einsatz des Pflanzenschutzmittels Glyphosat reglementiert werden soll.^[14] Die Süddeutsche Zeitung berichtete im Juli 2015, dass das Geschäftsergebnis von Monsanto maßgeblich vom Verkauf von Glyphosat abhängt. Konzernvertreter griffen deswegen massiv in die wissenschaftliche Debatte ein und kritisierten insbesondere die Glyphosat-kritische Sicht der Weltgesundheitsorganisation (WHO), die Glyphosat im März 2015 als "wahrscheinlich krebserregend" einstufte.^[15] "Das Unternehmen lässt keine Gelegenheit aus, das Urteil der WHO-Krebsforscher zu diskreditieren. Monsanto-Chef Hugh Grant bezeichnet die Studie gar als 'Junk Science', also als Schrottforschung, und stellt damit die Kompetenz von 17 international anerkannten Toxikologen infrage".^[16] Monsanto verwies in diesem Zusammenhang auf das [Bundesinstitut für Risikobewertung](#) (BfR), welches von der EU mit der Neubewertung der Gefährlichkeit des Unkrautvernichters beauftragt wurde und dafür der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) zuarbeiten soll. Bereits im Januar 2015 fertigte das BfR einen vertraulichen Bericht über Glyphosat an, [zu dem Monsanto und andere Hersteller von Glyphosat Zugang hatten, nicht aber Umweltschutzverbände](#). Nach Auswertung zahlreicher Studien konnte das BfR schließlich „keine Hinweise auf eine krebserzeugende, reproduktionsschädigende oder fruchtschädigende Wirkung durch Glyphosat bei Versuchstieren“ feststellen und empfahl eine erneuerte Zulassung von Glyphosat.^[17] Umweltschützer kritisierten jedoch, dass ausgerechnet im BfR-Gremium zur Bewertung von Pestiziden auch Vertreter der deutschen Chemiekonzerne BASF und Bayer sitzen.^[18] Konzerne also, die ebenfalls beträchtliche Umsätze mit dem Verkauf von Pflanzenschutzmitteln generieren und somit naturgemäß wenig Interesse an einem Verbot von Glyphosat haben. Gleiches gilt für die EFSA, in der 59% der Mitarbeiter laut einem Bericht der Corporate Europe Observatory (CEO) Verbindungen zur Landwirtschafts- oder Lebensmittelindustrie haben.^[17] Eine Analyse der Süddeutschen Zeitung kam weiterhin zu dem Schluss, dass viele der vom BfR zur Bewertung herangezogenen Studien in Wahrheit Leserbriefe an Fachzeitschriften waren, die größtenteils von Monsanto-Mitarbeitern verfasst wurden.^[19] Am 27. November 2015 erhoben zudem knapp 100 Wissenschaftler:innen in einem offenen Brief an den EU-Gesundheitskommissar schwere Vorwürfe gegen die EFSA und das BfR.^[20] Die Analyse der deutschen Behörde sowie die darauf aufbauende Bewertung der EFSA enthalte schwerwiegende Mängel, sie sei in Teilen "wissenschaftlich inakzeptabel", und die Ergebnisse seien "durch die vorliegenden Daten nicht gedeckt".^[21]

Im März 2016 entschied eine Baumarktkette, glyphosathaltige Spritzmittel aus dem Sortiment zu nehmen.^[22]

Im Juni 2016 wurde bekannt, dass eine Initiative für "mehr Transparenz" des zuständigen EU-Gesundheitskommissars Vytenis Andriukaitis mit der Industrie abgesprochen war. Er hatte die Industrie öffentlich dazu aufgefordert, bisher geheime Krebsstudien zu Glyphosat zu veröffentlichen. Darauf reagierten Industrievertreter mit dem Versprechen, Leseräume für diese Studien einzurichten - sie waren zuvor über die Erklärung des Kommissars informiert. Die entsprechenden Zugangsmöglichkeiten zu den Dokumenten wurden jedoch nicht geschaffen.^[23]

Nachdem es im EU-Ministerrat zunächst keine Mehrheit für eine Verlängerung der Zulassung um weitere zehn Jahre gab, verlängerte die EU-Kommission die einseitig bis Ende 2017. Monsanto kündigte an, in dieser Zeit weiter Lobby- und PR-Arbeit für den Einsatz von Glyphosat zu machen.^[24] Bundeskanzlerin **Merkel** (CDU) sprach sich im August für den weiteren Einsatz aus.^[25]

Im März 2017 veröffentlichte die **Europäische Chemikalienagentur** ECHA eine Studie, nach der Glyphosat nicht krebserregend ist.^[26] Die ECHA bewertete dabei jedoch nur die inhärente Gefährlichkeit von Glyphosat und nicht die mit den einzelnen Verwendungen verbundenen Risiken.^[27] Fast gleichzeitig berichtete die New York Times darüber, wie Monsanto in der Vergangenheit und hinter den Kulissen Einfluss auf einzelne Wissenschaftler und auf die amerikanische Behörde EPA genommen haben soll.^[28] So soll Monsanto im Verborgenen an Studien mitgearbeitet haben, die später als Arbeiten unabhängiger Wissenschaftler ausgegeben worden seien. Ein weiterer Vorwurf lautet, das Unternehmen habe gezielt darauf hingewirkt, eine eigenständige Untersuchung des Unkrautvernichters durch das US-Gesundheitsministerium zu verhindern. Der Bericht beruht auf Dokumenten aus einem Gerichtsverfahren. Gleichwohl bestreitet Monsanto die Vorwürfe. Die amerikanischen und die europäischen Aufsichtsbehörden verlassen sich ohnehin im Wesentlichen auf Studien der Hersteller, die selbst unabhängige Forscher mit der Begründung nicht einsehen dürfen, dass Geschäftsgeheimnisse betroffen seien.^[29] Studien unabhängiger Forscher spielen nur eine untergeordnete Rolle.

Im Juli 2017 schlug die EU-Kommission einem Expertenausschuss vor, die Zulassung um weitere zehn Jahre zu verlängern.^[30] Am 27. November 2017 hat eine Mehrheit der EU-Staaten einer Verlängerung der Zulassung um weitere 5 Jahre zugestimmt. Den Ausschlag gab dabei das Abstimmungsverhalten der Bundesregierung, die sich bei früheren Abstimmungen enthalten hatte, weil die zuständigen Minister Christian Schmidt (CSU) und Barbara Hendricks (SPD) sich nicht einig waren. Dieses Mal setzte sich Landwirtschaftsminister Schmidt jedoch ohne Abstimmung mit der Bundeskanzlerin und gegen den Widerspruch von Umweltministerin Hendricks über die Geschäftsordnung der Bundesregierung hinweg und stimmte eigenmächtig der Verlängerung zu.^[31]

Laut einem Bericht des "Spiegel" unterstützt die Bundesregierung die EU-Lebensmittelsicherheitsbehörde **EFSA** bei dem Versuch, die Veröffentlichung von Studien über Glyphosat zu verhindern.^[32] Die **EFSA** begründet - wie das **Bundesinstitut für Risikobewertung** (BfR) - die Geheimhaltung der Studien damit, dass eine Veröffentlichung die Geschäftsinteressen der Urheber Monsanto und Cheminova gefährdet und damit geltendes EU-Recht verletzt hätte. Vier grüne Europaparlamentarier hatten die **EFSA** daraufhin vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) mit dem Argument verklagt, bei den Studien handele es sich um Umweltinformationen, die veröffentlicht werden müssten, selbst wenn Interessen von Unternehmen betroffen seien. Zudem sei das öffentliche Interesse in diesem Fall höher einzustufen. Die Bundesregierung ist dem Verfahren beigetreten - auf Seiten der **EFSA** und der Chemiekonzerne.

Im August 2018 verurteilte ein US-Gericht Monsanto zur Zahlung von 285 Mio. \$ (knapp 250 Mio. Euro) Schmerzensgeld, weil Glyphosat Krebs verursacht haben soll.^[33] Bayer will in Berufung gehen.

Recherchen von LobbyControl zu Glyphosat-Studien

2019 ergaben Recherchen von LobbyControl, dass zwei vermeintlich unabhängige Studien des Instituts für Agribusiness aus Gießen, die in die Wissenschaftswelt eingespeist wurden, von Monsanto finanziert waren. Nach einer ersten Anfrage durch LobbyControl, ob zwei Studien aus den Jahren 2011 und 2015 von Monsanto finanziert seien, stellte der Leiter des Instituts, Prof. P. Michael Schmitz klar, dass die Studien aus

eigenem Forschungsinteresse und ohne Finanzierung durch Dritte erfolgt seien. Beide Studien warnten vor Milliarden Schäden durch ein mögliches Glyphosat-Verbot und betonten den ökologischen Nutzen von Glyphosat für die Landwirtschaft.

Bayer hat als neuer Monsanto-Eigentümer inzwischen eingeräumt, dass die Studien von Monsanto in Auftrag gegeben und mitfinanziert wurden. Das Unternehmen habe zum jetzigen Zeitpunkt keinen Anlass, an den Methoden, Inhalten oder Ergebnissen der Studien zu zweifeln. Gleichwohl entspreche der fehlende Hinweis auf die Unterstützung durch Monsanto nicht den Grundsätzen von Bayer.

Brisant ist der Vorfall auch deshalb, weil die Studien Eingang in entsprechende Fachliteratur fanden. So waren sie zum Beispiel in zwei Aufsätzen im Journal für Kulturpflanzen, einer vom Julius-Kühn-Institut herausgegebenen Zeitschrift, zu lesen. Es handelt sich dabei um ein Bundesforschungsinstitut, das dem Landwirtschaftsministerium untergeordnet ist. Die Aufsätze wurden darin von den Autoren unter dem Namen "Universität Gießen" geschrieben und erzeugten so den Eindruck universitärer Forschung zu entstammen. Und das, obwohl zwischen der Universität Gießen und dem Institut für Agribusiness keine formale Verbindung existiert. So wurde die eigentliche Herkunft der Aufsätze verschleiert. Die Gießener Studien wurden dabei in der jahrelangen Auseinandersetzung über einer Wiederzulassung von Glyphosat in der EU von Hersteller-Unternehmen als unabhängige wissenschaftliche Studien dargestellt und genutzt. Jedoch nur, um zu untermauern, dass ein landwirtschaftlicher Nutzen vorliege, da ein Verbot wirtschaftliche Schäden zur Folge hätte. Zur Debatte über Auswirkungen auf Gesundheit und Umwelt konnten die Studien keinen Beitrag leisten. Dass die Studien in die Debatten rund um Glyphosat eingebracht wurden, zeigt zum Beispiel der Eingang in eine Broschüre der Arbeitsgemeinschaft Glyphosat, eine Lobby-Plattform der Glyphosat-Hersteller. Auf europäischer Ebene bezog sich das europäische Pendant, die Glyphosate Task Force, mehrfach auf die Gießener Studien und die daraus entstandenen Fachartikel. Dazu kommt, dass diese Studien irreführend verwendet wurden. So wird in der Broschüre „Pflanzenschutz mit dem Wirkstoff Glyphosat“ der Arbeitsgemeinschaft Glyphosat unter Bezugnahme auf die Studien des Institut für Agribusiness die Behauptung aufgestellt, „Experten“ würden die wirtschaftlichen Schaden eines Glyphosat-Verbots für die EU auf bis zu 4 Milliarden US-Dollar schätzen. Die EU müsse ohne Glyphosat 6,3 Mio. t Weizen importieren.^[34] Diese Zahlen entstammen dem Szenario der Studie, das von einem Ertragsrückgang von 20% ohne Glyphosat ausgeht. Die Autoren bezeichnen das selbst als das extremste Szenario. Realistisch halten sie ein Szenario von -5%. In diesem Fall würde die EU laut der eigenen Studie 3,7 Mio. t Weizen exportieren. Die Aussage wäre damit eine ganz andere. Die Arbeitsgemeinschaft Glyphosat erwähnt mit keinem Wort, dass ihre Zahlen aus dem unwahrscheinlichen Extrem-Szenario kommen. Dieser Umgang mit der Studie ist irreführend.

Auch in Medien und Politik konnten die Studien vordringen. So fanden sie ihren Weg in den Glyphosat-Artikel der deutschen Wikipedia sowie in eine Literaturliste des Bundestages zu Glyphosat. Auch in einem Artikel der Wochenzeitung DIE ZEIT aus dem Jahr 2015 wird explizit auf eine der von Monsanto finanzierten Studien zurückgegriffen, in Form des Artikels aus dem Journal für Kulturpflanzen.^[35] Entsprechend der Angabe im Artikel, schreibt die Journalistin die Studienergebnisse direkt der Universität Gießen zu. Die LeserInnen des Artikels erfahren also nicht die eigentliche Herkunft der Studie. In einem weiteren Fall, bezog sich im Jahr 2011 die damalige agrarpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion im Bundestag während einer Debatte auf die "Untersuchungen der Universität Gießen", die gezeigt hätten, dass „ein Verbot von Glyphosat einerseits aus Sicht des Umweltschutzes völlig kontraproduktiv wäre und andererseits zu Wohlfahrtsverlusten in Milliardenhöhe führen würde“.^[36] Dass sie sich dabei auf von Monsanto finanzierte Studien bezog, war ihr vermutlich nicht bewusst.

Der Konzern Monsanto steht bereits seit längerem in der Kritik, weil er sich mit aggressiven Lobbytechniken für die weitere Zulassung von Glyphosat einsetzt. Dazu gehört die Inszenierung von Unterstützerkampagnen über PR-Agenturen sowie die intransparente Finanzierung von Wissenschaftlern. Dabei zeigt ein Mailwechsel eines Wissenschaftlers mit Monsanto, warum externe Wissenschaftler für das Unternehmen so wichtig waren. In einer Mail schlägt Kevin Folta von der University of Florida einer Monsanto-Lobbyistin vor, in der Öffentlichkeit mit „farming mothers“, also Bäuerinnen mit Kindern zu werben. Die Lobbyistin widerspricht

dem: Die Umfragen von Monsanto würden zeigen, dass nichts so gut wirke wie ein „credible third party scientist“. Also ein glaubwürdiger Wissenschaftler, der als dritte Partei fungiert und wahrgenommen wird, möglichst unabhängig von Monsanto.^[37] Wie aus einem Artikel der Wochenzeitung DIE ZEIT hervorgeht, widersprach Monsanto auf Nachfrage von ZEIT ONLINE den Anschuldigungen. Das Unternehmen arbeite transparent und „hat seine Rolle in wissenschaftlichen Kollaborationen immer vollständig eingeräumt“. ^[38] Unsere Recherchen zeigen das Gegenteil. Diese „third party“-Strategie steckt offensichtlich auch hinter den Gießener Studien.

Mit dem neuen Fall gibt es nun klare Belege, dass Monsanto auch in Deutschland in größerem Umfang Wissenschaftler finanziert und deren Forschungsergebnisse zu Lobbyzwecken verwendet hat, ohne die eigene Beteiligung daran offenzulegen. ^[39]

Im weiteren Verlauf der Recherchen, sind weitere Fälle verdeckter Finanzierung zu Tage getreten. Es handelt sich dabei um zwei Studien aus Großbritannien, die in der Fachzeitschrift „Outlooks on Pest Management“ veröffentlicht wurden – jeweils ohne Kennzeichnung, dass die Finanzierung von Monsanto stammte. ^{[40][41]} Anders als im Gießener Fall ist hier allerdings klar erkenntlich, dass die beiden Studien von der Beratungsfirma RSK Adas stammen. Sowohl die Beratungsfirma als auch Bayer haben uns gegenüber bestätigt, dass Monsanto die Studien finanziert hat. Auch diese Studien nutzte Monsanto für seine Lobbyarbeit. So bezog sich die „Glyphosate Task Force“, ein Zusammenschluss von Monsanto und weiteren Glyphosat-Herstellern, die gemeinsam die Wiederezulassung von Glyphosat in der EU beantragt hatte, auf beide Studien. ^[42] Auch die National Farmer’s Union, also der englische Bauernverband, verwendete die Studien in der eigenen Kampagne für den Erhalt von Glyphosat. Dabei wurden die Veröffentlichungen als Forschung einer „unabhängigen“ Beratungsfirma dargestellt, was angesichts der Monsanto-Finanzierung schlicht falsch ist. Nachdem die britische Zeitung *Guardian* die National Farmer’s Union im März angefragt hatte, ergänzte diese nun einen Hinweis auf die Finanzierung durch Monsanto. ^[43] Auch der deutschsprachige Wikipedia-Eintrag zu Glyphosat nutzt eine der beiden Studien als Beleg für die negativen Folgen eines Glyphosat-Verbots. Die Gießener Studien sind in der Wikipedia inzwischen als Monsanto-finanziert gekennzeichnet. ^[44]

Ähnlich wie bei den Gießener Studien gibt es bei einer der beiden britischen Studien Auffälligkeiten bei den zugrunde liegenden Daten und Annahmen. Der Aufsatz aus dem Jahr 2010 behandelt die ökonomischen Auswirkungen eines möglichen Glyphosat-Verbots. ^[40] Dazu beziehen sich die AutorInnen auf offizielle Statistiken des britischen Landwirtschaftsministeriums. Allerdings hielte Monsanto, so heißt es im Aufsatz, die offiziellen Angaben zur Nutzung von Glyphosat für zu niedrig. Mit dem Verweis auf den Einwand Monsanto wurden für einen Teil der Analyse wesentlich höhere Werte verwendet. Anstelle einer offiziellen Befragung, die immerhin 5 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche erfasste, verwendete man nun Annahmen aus zwei selbst organisierten Workshops mit unbenannten Agrarwissenschaftlern. Diese stammten vom Verband der unabhängigen Saatgutberater, deren Vorsitzender sich in der Vergangenheit immer wieder vehement für den Erhalt der Glyphosat-Zulassung einsetzte.

Monsanto hatte also offensichtlich direkten Einfluss auf die in der Studie verwendeten Daten. Nach einer ersten Anfrage durch LobbyControl hatte die Beratungsfirma noch geschrieben, Monsanto habe keinerlei Einfluss auf die Inhalte der Veröffentlichung ausgeübt. Auf weitere Nachfragen zu der Auswahl der Daten hieß es dann, man wolle diese Fragen nicht kommentieren. An anderer Stelle werden hohe Ertragseinbußen behauptet, falls eine Form der Glyphosat-Anwendung (die Vorsaatsbehandlung) nicht mehr möglich sei. Die dafür als Beleg verwendete Quelle befasst sich aber primär mit anderen Pestiziden und kann die Annahme deshalb nicht überzeugend begründen. Auch die Anfrage seitens LobbyControl zu dieser Quelle und der hohen Annahme wurde durch die Beratungsfirma nicht beantwortet.

Im Ergebnis führt die Verwendung dieser Daten und Annahmen dazu, dass die potentiellen Umsatzeinbußen für die Landwirtschaft wesentlich drastischer ausfallen. Diese Aussage stützte Monsanto’s Warnung vor Glyphosat-Verboten. ^[45]

2016: Tribunal gegen Monsanto

Zwischen dem 14. und dem 16. Oktober 2016 fand in Den Haag, Niederlande, das [Monsanto Tribunal](#) statt. Dieses bezeichnet sich als eine internationale zivilgesellschaftliche Initiative, um Monsanto für Menschenrechtsverletzungen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und für Ökozid zur Verantwortung zu ziehen. Angesehene Richter hätten Zeugenberichte von Opfern gehört und würden ein Gutachten für weitere Vorgehen des Internationalen Gerichtshofes liefern. Am 18. April 2017 stellte die Gruppe ein umfangreichen Abschlussbericht vor, in dem die Geschäftspolitik des Konzerns heftig kritisiert wurde: dies betraf auch den Einfluss auf wissenschaftliche Forschungsergebnisse.^[46]

2015: Enthüllung einer PR-Kampagne von Monsanto mit kooperationswilligen Wissenschaftlern in den USA

Nach einem Bericht der „New York Times“ hat Monsanto in den USA Wissenschaftler in eine Kampagne zur Förderung gentechnisch veränderter Lebensmittel eingebunden, mit deren Durchführung das PR-Unternehmen [Ketchum](#) beauftragt wurde.^[47] Die diesbezüglichen Aktivitäten von Monsanto, der Biotechnology Industry Organisation und der Grocery Manufacturers Association sind in Tausenden von E-Mail-Seiten dokumentiert.

Wissenschaftler sind nach dem Bericht für die Lobby eine wichtige Zielgruppe, weil sie als unparteiisch und kompetent gelten und deshalb großen Einfluss auf die öffentliche Meinung sowie Politiker und Regulierer haben. Ein Teil der Wissenschaftler hat finanzielle Zuwendungen erhalten, anderen wurden Reisen nach Washington bezahlt, um dort die Interessen der Industrie zu vertreten. Weiterhin hat die Biotech-Industrie Dutzende von Artikeln unter dem Namen prominenter Akademiker veröffentlicht, die von Beratern der Industrie verfasst worden sind.

2013: Freihandelsabkommen und Gentech-Markt

Bei den Verhandlungen zum Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU, [Transatlantic Trade and Investment Partnership](#) (TTIP), geht es auch um die Marköffnung für genmanipulierte Pflanzen und hormonbehandeltes Rindfleisch. Chefverhandler der US-Regierung für den Bereich Landwirtschaft ist Islam Siddiqui, der von 2001 bis 2008 als registrierter Lobbyist den Branchenverband [CropLife America](#) vertrat, in dem auch Monsanto Mitglied ist.^[48]

2012/13: Kampagne gegen eine Gentechnik-Kennzeichnung in den USA

Monsanto und weitere Unternehmen sowie der Branchenverband der Lebensmittelhersteller GMA betreiben in den USA eine Medienkampagne, um die Einführung einer gesetzlichen Kennzeichnung von Gentechnik in Lebensmitteln über Volksabstimmungen zu verhindern. Insgesamt investierten sie in den Jahren 2012/2013 17 Mio. Dollar, um Stimmung gegen entsprechende Gesetze in den Bundesstaaten Kalifornien und Washington zu machen. Im Bundesstaat Washington hat der Verband auf Druck der Staatsanwaltschaft mitgeteilt, welche Mitglieder sich mit welchen Beträgen an der Kampagne beteiligen. Danach gab allein Monsanto ca. 4,6 Mio. Dollar aus, um eine Kennzeichnungspflicht zu verhindern.^[49]

2012: Einflussnahme auf wissenschaftliche Studien

2012 hatte ein Team um den Wissenschaftler [Gilles-Eric Séralini](#) herausgefunden, dass Stoffe in einer von Monsanto gentechnisch manipulierten Mais-Sorte im Langzeit-Test bei Ratten zu einer erheblich größeren Häufigkeit von aggressivem Krebs führten. Die EU hatte den Mais zugelassen. Die Zulassung beruhte auf einer anderen wissenschaftlichen Studie, die nur die Ergebnisse von 90 Tagen untersuchte. Die Studie, mit der die EU-Entscheidung wissenschaftlich belegt worden war, war im Auftrag von Monsanto erstellt worden. Nachdem die Séralini-Studie bekannt wurde, bestritt die EU-Kommission in einer Pressemitteilung, dass die Studie wissenschaftlich sei. Wenig später wurde die Studie nach dem obligaten Procedere in einem angesehenen wissenschaftlichen Journal veröffentlicht. Gleichwohl erklärte die EU, dass sie keinen Grund sehe, die Zulassung für den Gen-Mais von Monsanto zu widerrufen. ^{[50][51]}

2009: Verleihung des "Angry Mermaid Award" (Preis der wütenden Meerjungfrau)

Im Jahr 2009 wurde der von Attac Dänemark, Corporate Europe Observatory, Focus on the Global South, Friends of the Earth International, Oil Change International und Spinwatch organisierte Preis für irreführendes Konzern-Lobbying nach einer Online-Abstimmung an Monsanto vergeben. Monsanto war nominiert worden, weil das Unternehmen genmanipuliertes Saatgut wie die Soja-Bohne „RoundupReady“ in aggressiver Weise als Mittel zur Lösung der Klimaproblematik ins Gespräch brachte. In Lateinamerika trägt die Verbreitung von genmanipuliertem Soja der Monsanto-Marke „RoundupReady“ zur Vernichtung des Regenwalds bei und damit zur Steigerung von Treibhausgas-Emissionen. Dennoch arbeitete ein „Runder Tisch für verantwortungsbewusstes Soja“ (Round Table on Responsible Soy, RTRS) unter Beteiligung von Monsanto daran, gentechnisch verändertes Soja als „verantwortungsbewusst“ zu kennzeichnen. ^[52]

Struktur, Geschäftsfelder und Finanzen

Monsanto stellte im Wesentlichen Saatgut und Pflanzenschutzmittel - u.a. das umstrittene Glyphosat - her. Der Schwerpunkt der Aktivitäten lag in den USA. Der Konzern hatte 2015 einen Umsatz von ca. 15 Mrd. US-Dollar und beschäftigt ca. 22.500 Mitarbeiter. In Deutschland war der Konzern über die Monsanto Agrar Deutschland GmbH mit Sitz in Düsseldorf in den Bereichen Pflanzenschutz, Saatgut, Gemüsesaatgut und Biotechnologie tätig.

Chairman und Chief Executive Officer war

- [Hugh Grant](#)

Weiterführende Informationen

- [Glyphosat und Krebs: Gekaufte Wissenschaft Die Tricks von Monsanto und der Beitrag der Behörden, um Glyphosat vor einem Verbot zu retten, März 2017](#)
- Eintrag zu [Monsanto bei Corporate Watch, UK](#)
- Eintrag zu [Monsanto bei CorpWatch, USA](#)
- Marie-Monique Robin (2008): Mit Gift und Genen: Wie der Biotech-Konzern Monsanto unsere Welt verändert
- Klaus Werner-Lobo, Hans Weiss (2010): Das neue Schwarzbuch Markenfirmen, aktualisierte Auflage, Eintrag: Monsanto

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Bayer streicht den Namen Monsanto](#), sueddeutsche.de vom 04.06.2018, abgerufen am 08.04.2020
2. ↑ [Gemeinsam schaffen wir ein führendes Unternehmen der Agrarwirtschaft](#), advancingtogetehr.com, abgerufen am 13.06.2018
3. ↑ [Monsanto Greenpeace Magazin 1.07](#), Webseite greenpeace-magazin, abgerufen am 16.07.2013
4. ↑ [Fördermitglieder der GKB e.V.](#) Webseite GKB, abgerufen am 14.11.2013
5. ↑ [Gesellschaft für konservierende Bodenbearbeitung e.V. \(GKB\) SATZUNG](#) Webseite GKB, abgerufen am 13.11.2013
6. ↑ [Bauernverbands-Präsident will weiter für Monsanto arbeiten](#), muv-nachrichten.de vom 19.08.2016, abgerufen am 29.07.2018
7. ↑ [Unsere Mitglieder](#), forum-moderne-landwirtschaft.de, abgerufen am 29.07.2018
8. ↑ [Emotionale Kampagne, wissenschaftlich nicht unterlegt](#), deutschlandfunk.de vom 25.10.2017, abgerufen am 29.07.2018
9. ↑ [Impressum](#), glyphosat.de, abgerufen am 21.12.2017
10. ↑ [Europa-Parlament entzieht Monsanto den Lobby-Zugang](#), heise.de vom 29.09.2017, abgerufen am 16.12.2017
11. ↑ Marianne Falck, Hans Leyendecker, Silvia Liebrich: Der unheimliche Konzern Monsanto - von "Agent Orange" zum genmanipulierten Mais, Süddeutsche Zeitung vom 13./14.07.2013
12. ↑ [Dämonen und Depeschen](#), 13.07.2013, sueddeutsche.de, abgerufen am 17.07.2013
13. ↑ [Current Partners](#), hesiglobal.org, abgerufen am 15.12.2017
14. ↑ Zusammenfassung dieser Debatte: [EFSA & BfR gefährden unsere Gesundheit zugunsten der Industrie](#), LobbyControl vom 01.06.2015, abgerufen am 08.04.2020
15. ↑ [WHO-Experten stufen Glyphosat als wahrscheinlich krebserregend ein](#), spiegel.de vom 30.07.2015, abgerufen am 16.04.2020
16. ↑ [Monsanto: Mächtige Lobby](#), sueddeutsche.de vom 16.07.2015, abgerufen am 08.04.2020
17. ↑ ^{17,017,1} [EFSA & BfR gefährden unsere Gesundheit zugunsten der Industrie](#), lobbycontrol.de vom 01.06.2015, abgerufen am 16.04.2020
18. ↑ [Wie gefährlich ist C3H8NO5P wirklich?](#), welt.de vom 15.07.2015, abgerufen am 08.04.2020
19. ↑ [Wenn Leserbrief von Monsanto als Studien gelten](#), sueddeutsche.de vom 17.07.2015, abgerufen am 16.04.2020
20. ↑ [Open Letter: Review for the Carcinogenicity of Glyphosate by EFSA und BfR](#), drive.google.com vom 27.11.2015, abgerufen am 08.04.2020
21. ↑ [Wissenschaftler protestieren gegen Glyphosat-Bewertung](#), sueddeutsche.de vom 30.11.2015, abgerufen am 08.04.2020
22. ↑ [Hornbach verbannt Glyphosat und bienengefährdende Stoffe](#), utopia.de vom 02.03.2016, abgerufen am 08.04.2020
23. ↑ [EU-Dokumente belegen geheime Absprachen zwischen Kommission und Glyphosat-Herstellern](#), umweltinstitut.org vom 16.06.2016, abgerufen am 08.04.2020

24. ↑ [Glyphosat: Kommission verlängert Zulassung bis 2017](#), topagrar.com vom 29.06.2016, abgerufen am 08.04.2020
25. ↑ [Merkel spricht sich öffentlich für Glyphosat aus](#), topagrar.com vom 19.08.2016, abgerufen am 08.04.2020
26. ↑ [Glyphosate not classified as a carcinogen by ECHA](#), echa.europa.eu vom 15.03.2017, abgerufen am 08.04.2020
27. ↑ [ECHA: Glyphosat](#), echa.europa.eu, abgerufen am 08.04.2020
28. ↑ [Monsanto soll Glyphosat-Studien beeinflusst haben](#), sueddeutsche.de vom 15.03.2017, abgerufen am 08.04.2020
29. ↑ [Ein Mittel zur Vernichtung von Unkraut und Vertrauen](#), sueddeutsche.de vom 16.03.2017, abgerufen am 08.04.2020
30. ↑ [Glyphosat: EU-Kommission schlägt Zulassung für weitere zehn Jahre vor](#), spiegel.de vom 20.07.2017, abgerufen am 08.04.2020
31. ↑ [Rüge von Merkel: Schmidt hat sich bei Glyphosat nicht an Weisung gehalten](#), sueddeutsche.de vom 28.11.2017, abgerufen am 08.04.2020
32. ↑ [Bundesregierung hilft bei Geheimhaltung von Glyphosat-Studien](#), spiegel.de vom 07.12.2017, abgerufen am 08.04.2020
33. ↑ [Millionenstrafe gegen Monsanto](#), n-tv.de vom 11.08.2018, abgerufen am 08.04.2020
34. ↑ [Pflanzenschutz mit dem Wirkstoff Glyphosat](#), Arbeitsgemeinschaft Glyphosat, abgerufen am 24.03.2020
35. ↑ [Gift für mehr Wachstum](#), zeit.de vom 06.08.2015, abgerufen am 24.03.2020
36. ↑ [Plenarprotokoll 17/149](#), dipbt.bundestag.de vom 15.12.2011, abgerufen am 24.03.2020
37. ↑ [Food Industry Enlisted Academics in G.M.O. Lobbying War, Emails Show](#), nytimes.com vom 05.09.2015, abgerufen am 25.03.2020
38. ↑ [Hat Monsanto Wissenschaftler gekauft?](#), zeit.de vom 11.10.2017, abgerufen am 25.03.2020
39. ↑ [Verdeckte Finanzierung: Monsanto's Lobbystudien zu Glyphosat](#), lobbycontrol.de vom 05.12.2019, abgerufen am 01.04.2020
40. ↑ ^{40,040,1} Cook S., S. Wynn, Clarke J.H. (2010). How valuable is glyphosate to UK agriculture and the environment? Outlook on Pest Management 21(6), S. 280-284
41. ↑ Wynn S., Cook, S. & Clarke J.H. (2014) Glyphosate use on combinable crops in Europe: implications for agriculture and the environment. Outlooks on Pest Management 25 (5), S. 327-331
42. ↑ [Die wirtschaftliche Bedeutung von Glyphosat-haltigen Herbiziden: Fallstudien in Großbritannien und Deutschland](#), glyphosat.de vom 10.12.2012, abgerufen am 01.04.2020
43. ↑ [Glyphosate - the basics: Our Q&A](#), nfunonline.com vom 31.03.2017, abgerufen am 01.04.2020
44. ↑ [Glyphosat - Wikipedia](#), wikipedia.org, abgerufen am 01.04.2020
45. ↑ [Monsanto: noch mehr unsaubere Glyphosat-Studien](#), lobbycontrol.de vom 12.03.2020, abgerufen am 01.04.2020
46. ↑ [International Monsanto Tribunal: Advisory Opinion](#), MonsantoTribunal.org vom 18.04.2017, abgerufen am 08.04.2020
47. ↑ [Eric Lipton: Food Industry Enlisted Academics in G.M.O. Lobbying War, Emails Show](#), nytimes.com vom 05.09.2015, abgerufen am 08.04.2020
48. ↑ [Der unheimliche Konzern: Monsanto - von "Agent Orange" zum genmanipulierten Mais](#), Süddeutsche Zeitung vom 13./14. Juli 2013
49. ↑ [Gentechnik-Kennzeichnung in den USA: Nur keine Transparenz](#), sueddeutsche.de vom 22.11.2013, abgerufen am 08.04.2020
50. ↑ [Lebensmittel: Wie Monsanto heimlich die EU unterwandert](#), deutsche-wirtschafts-nachrichten.de vom 01.05.2013, abgerufen am 01.04.2020

51. ↑ William Engdahl: [Cancer of Corruption, Seeds of Destruction: The Monsanto GMO Whitewash](#), globalresearch.ca vom 19.12.2012, abgerufen am 01.04.2020
52. ↑ [Monsanto gewinnt den Preis der wütenden Meerjungfrau](#), lobbycontrol.de vom 15.12.2009, abgerufen am 01.04.2020

Lobbyregister EU

Lobbyismus in der EU



- [Überblick A-Z](#)
- [Lobbyismus in der EU](#)

Seit 2008 gibt es auf [EU-Ebene](#) ein [Lobbyregister](#), das EU-Transparenzregister. Eine Registrierung ist für alle Interessenvertreter:innen gegenüber [EU-Parlament](#), [Kommission](#) und dem [Rat der EU](#) freiwillig, allerdings ist der Erhalt bestimmter Berechtigungen, wie etwa der Möglichkeit Kommissionsmitglieder zu treffen, an eine Eintragung in das Register geknüpft. Alle im Register eingetragenen Akteure verpflichten sich zur Einhaltung eines Verhaltenskodex’.

Im [EU-Transparenzregister](#) sind nur jeweils aktuelle Informationen abrufbar. Alte Einträge, sowie die Möglichkeit Akteure nach der Zahl ihrer Treffen oder der Größe ihres Budgets zu sortieren, finden sich auf [lobbyfacts.eu](#).

Inhaltsverzeichnis

1 Rechtsgrundlage und Zuständigkeit	69
1.1 Rechtsgrundlage	69
1.2 Registrierung	69
1.3 Verpflichtende Angaben	69
1.4 Nachteile bei Nicht-Registrierung	70
1.5 Beschwerden und Sanktionsmöglichkeiten	70
2 Kritik	71
2.1 Datenqualität	71
2.2 Katargate	71
2.3 Mangelnde Sanktionen	71
3 Hintergrund	72
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	72
5 Einzelnachweise	72

Rechtsgrundlage und Zuständigkeit

Rechtsgrundlage

In Artikel 11 des *Vertrags über die Europäische Union* verpflichtet sich die EU zu einem „offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog mit den repräsentativen Verbänden und der Zivilgesellschaft.“^[1]

Die Grundlage für das aktuelle Transparenzregister ist die Interinstitutionelle Vereinbarung zwischen **EU-Parlament**, **EU-Kommission** und dem **Rat der Europäischen Union**. Die erste Version von 2011, die, noch ohne den Rat, das Transparenzregister einführt, wurde zuletzt 2021 überarbeitet.^[2]

Die laufende Verwaltung des Registers unterliegt einem gemeinsamen Sekretariat, bestehend aus neun Mitarbeitenden der drei teilhabenden Organe. Die Aufsicht über das Sekretariat hat ein aus den Generalsekretär:innen von Parlament, Kommission und Rat bestehender Verwaltungsrat, der die strategischen Leitlinien und Prioritäten für das Transparenzregister vorgibt.^[3]

Registrierung

Die Registrierung für die Online-Plattform ist freiwillig, jedoch stimmt jede Organisation, die sich registriert, automatisch dem **Verhaltenskodex** für Interessenvertreter zu. Über einen Nutzerzugang können Daten hinzugefügt oder aktualisiert werden. Registrierte Vertreter sind für Korrektheit, Aktualität und Vollständigkeit verantwortlich. Sie sind unter anderem dazu verpflichtet, ihre Angaben spätestens drei Monate nach einer Änderung zu aktualisieren, und müssen ihren Account einmal im Jahr verifizieren.^[2] Stand März 2023 sind über 12.000 Akteure eingetragen.^[4]

Verpflichtende Angaben

Lobby-Akteure, die sich für das Transparenzregister anmelden, müssen verschiedene Angaben zu ihren Tätigkeiten machen:^[2]

- allgemeine Angaben (Adresse, rechtlicher Status, etc.)
- Interessen und Tätigkeiten des Akteurs
- Verbindungen zu und Mitgliedschaften bei anderen Akteuren/Organisationen
- Teilnahme an EU-Strukturen und Plattformen (Ausschüsse, Foren, Expertengruppen der EU-Kommission)
- Geld- und Personalaufwand für diese Tätigkeiten
- Gesetze und Vorlagen, an denen der Akteur arbeitet

Nachteile bei Nicht-Registrierung

Organisationen, die sich nicht registrieren, verzichten auf verschiedene Privilegien im Umgang mit den Europäischen Institutionen, wie etwa: ^[5]

Parlament

- freier Zugang zu Gebäuden des EU-Parlaments
- nur registrierte Vertreter können als Redner vor einen Parlamentsausschuss eingeladen werden
- Teilnahme an parteiübergreifenden parlamentarischen Foren

Kommission

- Treffen mit Kommissionsmitgliedern, Kabinettsmitgliedern, Generaldirektoren
- Teilnahme an Expert:innengruppen als Interessenvertreter:innen

Rat

- Treffen mit Generalsekretär:in und Generaldirektor:innen
- Teilnahme an Briefings und Veranstaltungen

Auch ohne Registrierung ist es jedoch für Lobby-Akteure möglich, das EP-Gebäude zu betreten – zum Beispiel mit einer Einladung eines:r Abgeordneten – oder sich mit ihnen außerhalb des Parlaments zu treffen. Ebenso können Lobbyakteure Mitglieder der EU-Kommission treffen, die unterhalb des Rangs der Generalsekretär:innen rangieren oder alle Mitglieder ständiger Vertretungen außer den beiden Botschafter:innen.

Beschwerden und Sanktionsmöglichkeiten

Die Angaben der Organisationen sollen durch das Sekretariat stichprobenartig oder nach Hinweisen über das Beschwerdeformular überprüft werden. Es kann über die Löschung der Daten verfügen, wenn diese veraltet oder falsch sind, oder wenn die Inhalte nicht für die Registrierung geeignet sind. ^[3]

Stellt das Sekretariat Verstöße gegen die Leitlinien fest, kann es neben der Löschung der Daten auch ein Verbot einer erneuten Registrierung zwischen 20 Werktagen und zwei Jahren aussprechen. Somit gehen der betroffenen Organisation für den Zeitraum die Privilegien die mit der Eintragung einhergehen, verloren. ^[2]

2021 führte das Sekretariat 3.360 Qualitätskontrollen durch. Rund ein Drittel der Überprüfungen führten zu Löschungen, weil die Daten veraltet oder nicht angemessen waren, in den restlichen Fällen waren die Angaben zufriedenstellend oder wurden nach Aufforderung nachgebessert. ^[3]

Kritik

Datenqualität

Auf Grund der Unterbesetzung des für die Verwaltung zuständigen Sekretariats mit zunächst sechs, seit 2021 neun, Mitarbeitenden treten immer wieder erhebliche Mängel in der Datenqualität zu Tage. So machten LobbyControl und die NGO Corporate Observatory Europe zuletzt Ende 2022 das Sekretariat auf über 400 fehlerhafte Einträge im Transparenzregister aufmerksam, was im Januar 2023 zu einer Korrektur von 59% der Einträge und zu einer Löschung von 38% der Einträge führte.^[6]

Darüber hinaus müssen seit 2021 NGOs nur noch ihr gesamtes Jahresbudget und nicht mehr, wie kommerzielle Organisationen auch, ihr jährliches Lobbybudget. Dies führt neben der schlechten Vergleichbarkeit der Daten zu der Gefahr, dass kommerzielle Organisationen ihre Interessenvertretung in nicht-kommerziellen Verbänden organisieren und so ihre Lobbyausgaben kaschieren.^[7]

Katargate

Im Zuge der **Katargate**-Affäre wurde Ende 2022 klar, dass das Register nicht wie gedacht funktioniert. So tauchten weder die in der Angelegenheit belasteten Staaten Katar und Marokko im Transparenzregister auf, obwohl die Eintragung von nicht-EU-Staaten als Auftraggeber Pflicht ist, noch war die NGO des belasteten ehemaligen EU-Parlamentariers **Panzeri** registriert, obwohl diese Veranstaltungen im EU-Parlament veranstaltet hatte.^[8]

Infolgedessen wurde diskutiert, ein weiteres Register für Interessenvertretung von nicht-EU-Staaten, nach Vorbild des amerikanischen **FARA** und des australischen **FITSA** einzuführen oder auch Diplomaten aus nicht-EU-Staaten dazu zu verpflichten, sich in das bestehende Register einzutragen.

Mangelnde Sanktionen

Das EU-Transparenzregister ist nicht rechtsverbindlich, sondern setzt auf den Verlust von Privilegien als Anreiz für eine Registrierung, da nach Rechtsauffassung der EU-Kommission eine rechtsverbindliche Regelung nur mit einer Änderung des Vertrags über die Arbeitsweise der Union (und somit eines einstimmigen Votums im Rat) möglich ist. Allerdings wies bereits 2013 ein **Gutachten** im Auftrag des von LobbyControl mitgegründeten Netzwerks ALTER-EU eine alternative Auslegung des EU-Rechts auf. Eine Veränderung zugunsten der Rechtsverbindlichkeit hatte dies jedoch nicht zur Folge.^{[9][10]}

Auch die Anreize im bestehenden Rahmen könnten restriktiver ausgestaltet sein. So beschränkt sich die Registrierungspflicht im Rat lediglich auf Treffen mit dem Generalsekretariat, das die Arbeit des Rats lediglich koordiniert und organisiert, und somit keine zentrale Anlaufstelle für Lobbyist:innen ist. Von viel größerem Interesse sind hier die ständigen Vertretungen der Mitgliedsstaaten, für die aber keine Registrierung im Transparenzregister notwendig ist.^[11] Nichtsdestotrotz veröffentlichen einige Vertretungen, wie etwa die deutsche, ihre Treffen auf freiwilliger Basis.^[12]

Hintergrund

Das EU-Transparenzregister geht auf eine Initiative des damaligen EU-Kommissars für Verwaltung, Audit und Korruptionsbekämpfung **Siim Kallas** zurück. Dieser erklärte 2005 in einer Rede Lobbyist:innen hätten großen Einfluss auf die Gesetzgebungsverfahren der EU, dieser bliebe aber viel zu intransparent. Als Lösung hierfür schlug er ein verpflichtendes Lobbyregister und Sanktionen bei Fehlverhalten vor. 2008 führte die Kommission jedoch lediglich ein freiwilliges Transparenzregister ein, dem das EU-Parlament mit der ersten interinstitutionellen Vereinbarung 2011 beitrug. 2014, mit dem Amtsantritt der **Jean-Claude Juncker** Kommission, wurden mit der Verpflichtung für Lobbyist:innen sich im Register einzutragen, wenn sie sich mit Mitgliedern der Kommission treffen wollen, erstmals gewichtige Anreize geschaffen, sich einzutragen. Tatsächlich führte diese Regelungen zu einem rapiden Anstieg der Eintragungen in den Folgejahren, sodass heute davon ausgegangen werden kann, dass die überwiegende Mehrheit der Lobbyist:innen eingetragen sind. 2021 folgte die Einführung im Rat der EU.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)[Bluesky](#)[Facebook](#)[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [EurLex-Portal Vertrag über die Europäische Union, überarbeitete Fassung von 2012](#) abgerufen am 20.10.2016
2. ↑ ^{2,02,12,22,3} [Interinstitutionelle Vereinbarung vom 20. Mai 2021 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat der Europäischen Union und der Europäischen Kommission über ein verbindliches Transparenz-Register](#), eur-lex.europa.eu, abgerufen am 21.03.2023
3. ↑ ^{3,03,13,2} [Jahresbericht über das Funktionieren des Transparenzregisters 2021](#), ec.europa.eu, abgerufen am 21.03.2023
4. ↑ [Statistics](#), ec.europa.eu, abgerufen am 27.03.2023
5. ↑ [Leitlinien für die interinstitutionelle Vereinbarung von 2021](#) abgerufen am 27.03.2023
6. ↑ [LobbyControl auf Twitter](#), twitter.com, abgerufen am 21.03.2023
7. ↑ [Offener Brief an die Kommissarin Jourova vom 02.02.2022](#), alter-eu.org, abgerufen am 27.03.2023
8. ↑ [Qatargate: Corruption scandal widens with more EU lawmakers in frame](#), politico.eu vom 16.02.2023, abgerufen am 27.03.2023
9. ↑ [Legal Framework for a Mandatory EU Lobby Register and Regulations](#), Prof.Dr. Markus Krajewski, lobbycontrol.de, abgerufen am 27.03.2023
10. ↑ [Gutachten: Verpflichtendes Lobbyregister möglich](#), lobbycontrol.de vom 18.06.2013, abgerufen am 27.03.2023
11. ↑ [EU Transparenzregister: Gremium der Mitgliedstaaten will mitmachen, aber nur ein bisschen](#), lobbycontrol.de vom 21.12.2017, abgerufen am 27.03.2023
12. ↑ [Transparenzregister](#), bruessel-eu.diplo.de, abgerufen am 27.03.2023